

EIS GEMENG

De Gemengebuet vu Stroossen

10 25

Séance du conseil communal du 11.12.2025

DE

Gemeinderatssitzung
vom 11. Dezember 2025

P04

FR

Séance du conseil communal
du 11 décembre 2025

P20

EN

Municipal Council meeting
of 11 December 2025

P35



1, Place Grande-Duchesse Charlotte
B.P. 22, L-8001 Strassen

+352 31 02 62 - 1

reception@strassen.lu

www.strassen.lu

Commune de Strassen

Strassen_Stroossen

CityApp : Strassen

IMPRESSUM

Layout et rédaction du compte rendu :
brain&more

Photos :
101 Studios
Commune de Strassen



Klima-Bündnis
Letzebuerg

PacteClimat
Ma commune s'engage pour le climat

LES MEMBRES DU CONSEIL COMMUNAL



PUNDEL Nico
Bourgmestre - CSV



WELTER-GAUL Betty
Échevine - LSAP



AREND Anne
Échevine - CSV



BESTGEN-MARTIN Maryse
Échevine - déi Gréng



BRAUN Laurent
Conseiller - CSV



GIERENZ Tun
Conseiller - CSV



BUTLER Andrew
Conseiller - CSV



ROOB Jean Claude
Conseiller - LSAP



KLENSCH Paul
Conseiller - LSAP



LINDEN Anne-Marie
Conseillère - déi Gréng



FISCHER Marc
Conseiller - DP



DIESCHBURG-NICKELS Martine
Conseillère - DP



THEIN Daniel
Conseiller - DP



KANDEL Nicolas
Conseiller - DP



JØRGENSEN Lise
Conseillère - DP

Sitzung des Gemeinderats vom 11. Dezember 2025

TAGESORDNUNG

1. **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.11.2025.**
2. **Vorlage des berichtigten Haushalts 2025 und des vorläufigen Haushaltsplans 2026.**
3. **Billigung von zwei Übereinkommen für PACK'UP-Stationen.**
4. **Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsreglements.**
5. **Gewährung eines Zuschusses an einen lokalen Verein.**
6. **Genehmigung mehrerer Mietverträge.**
7. **Ernennung mehrerer Mitglieder des Verwaltungsrats des Sozialamtes.**
8. **Neufestsetzung der Aufwandsentschädigungen für das Schöffengericht und der Sitzungsgelder für die Mitglieder des Gemeinderats sowie der beratenden Kommissionen.**
9. **Verabschiedung bestimmter Umweltmaßnahmen im Rahmen des Naturpakts.**
10. **Urbanismus :**
 - a) **Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts**
 - b) **Beschluss im Rahmen eines Parzellierungsantrags**
- 10bis. **Zusätzlicher Punkt – Übernahme der Kosten für die Beseitigung von Nistplätzen asiatischer Hornissen durch die Gemeinde (Antrag der DP).**
11. **Verschiedenes.**

ANWESEND

Nicolas Pundel (CSV), Bürgermeister; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), Schöffinnen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Daniel Thein (DP), Mitglieder des Gemeinderats. Sekretär: Christian Muller.

ABWESEND (ENTSCHULDIGT)

Jean Claude Roob (LSAP), Mitglied des Gemeinderats.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats.

Der Bürgermeister teilt mit, dass von der DP ein zusätzlicher Punkt eingebracht wurde. Dieser Punkt wird vor dem Punkt „Verschiedenes“ auf die Tagesordnung gesetzt.

1. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.11.2025.

Der Gemeinderat wird gebeten, sich zum Protokoll der Sitzung vom 20. November 2025 zu äußern.

Die Mitglieder des Gemeinderats haben keinerlei Anmerkungen oder Einwände.

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

2. Vorlage des berichtigten Haushalt 2025 und des vorläufigen Haushaltsplans 2026.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) betont bei der Einleitung zu diesem Punkt dessen zentrale Bedeutung. Der Haushalt sei, so der Bürgermeister, das wichtigste Dokument des Jahres, das alle künftigen Projekte bedinge und ein Ausdruck der politischen Prioritäten der Mehrheit sei. Der heute vorgestellte Haushalt trage eindeutig die Handschrift der derzeitigen Mehrheit.

Der Bürgermeister gibt einen kurzen Überblick über die geplanten Projekte. Im Süden der Gemeinde ist der neue Fußballkomplex fertiggestellt, auch wenn noch Preisindexierungen vorgenommen werden müssen. Auch die Skatebahn nebenan ist fertiggestellt. Das Gebäude des Jugendhauses steht, allerdings gilt es noch die Innenausstattung vorzunehmen. Der gesamte Komplex stellt einen Anziehungspunkt für junge Menschen dar und kombiniert Sport-, Freizeit- und betreute Angebote.

Zum Thema Schulen: Die Schule Saint-Exupéry verfügt noch über einige freie Räume für den Zyklus 2. Die Schule Ben Heyard für den Zyklus 3 soll erweitert werden. Es ist ein zusätzliches Stockwerk geplant und über das Projekt wird noch in diesem Jahr abgestimmt. Was den Zyklus 1

angeht, so ist eine neue Schule in Planung. Nach deren Fertigstellung können die derzeitigen Räumlichkeiten des „Hueflach“ für den Zyklus 4 genutzt werden. Damit ist die gesamte Schulinfrastruktur für die kommenden Jahre gut aufgestellt.

Im Ortszentrum werden mehrere Großprojekte das Stadtbild prägen. Der Neubau der Gemeindeverwaltung ist weiterhin aktuell, ebenso wie das geplante Parkhaus in der Nähe, über welches noch in diesem oder im nächsten Jahr abgestimmt werden könnte. Der Eingangsbereich des Kulturzentrums Paul Barblé wird derzeit umgestaltet, aber die vollständige Renovierung des Gebäudes muss noch überdacht werden. Sie ist für 2027 vorgesehen. In der Nähe wird vorübergehend eine Apotheke eingerichtet. Auf lange Sicht wird die bestehende Apotheke durch ein neues Gebäude ersetzt werden.

Ein Gebäude mit erschwinglichen Wohnungen muss umfassend renoviert oder sogar vollständig abgerissen werden. Die Entscheidung dazu steht noch aus. Das Projekt für ein Seniorenheim (CIPA) kommt gut voran: Das Vorprojekt wurde vom Ministerium vorbehaltlos genehmigt, der detaillierte Vorentwurf liegt zur Einreichung bereit. Sodexo ist dabei, ein umfassendes Finanzmodell zu erstellen. Derzeit erwägt die Gemeinde ernsthaft, ein eigenes Seniorenheim zu bauen, anstatt sich einem interkommunalen Projekt anzuschließen, dessen Umsetzung als zu komplex angesehen wird.

Für die neue Leichenhalle werden ebenfalls Vorbereitungen getroffen, die Bauarbeiten sollen in Kürze beginnen. Eine Erweiterung der Sporthalle ist ebenfalls geplant. Deren Bau kann jedoch erst nach Fertigstellung der neuen Schule in Angriff genommen werden, um zu vermeiden, dass im Zentrum zu viele Baustellen gleichzeitig stattfinden.

Hinzu kommen die Straßenbauarbeiten, die weiterhin andauern, sowie die Vergrößerung der Kläranlage in Bartringen, an der auch Strassen beteiligt ist. Die Gemeinde ist derzeit schuldenfrei und verfügt über 25 Millionen Euro an Rücklagen. Diese Mittel werden in diesem Jahr nicht verwendet, könnten aber in Kürze benötigt werden. Der Bau des Fußballstadions, der aus der Tageskasse finanziert wird, macht die Grenzen dieser Methode deutlich: Die Spielräume werden immer kleiner.

Dennoch bleibt dieser Ansatz weiterhin verantwortungsbewusst und ehrgeizig. Die Gemeinde bereitet sich ohne Hast auf die Zukunft vor, investiert in die Infrastruktur und legt dabei besonderen Wert auf Lebensqualität, Sport, Kultur und Vereine. Die sehr dynamischen Sportvereine können nur dann voll funktionsfähig sein, wenn die Gemeinde selbst weiterhin stark bleibt. Dem Bürgermeister zufolge wird diese Vision auch von der Opposition geteilt.

Er betont, dass die Arbeiten zu allen erwähnten Projekten etwa eineinhalb Legislaturperioden dauern werden. Ihre Umsetzung erstreckt sich über mehrere Jahre, wodurch es auch möglich wird, ihre Finanzierung besser zu staffeln. Er bedankt sich herzlich bei den Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung, insbesondere bei Gemeindesekretär Christian Muller, und übergibt das Wort an die Schöffin Anne Arend (CSV) für eine technische Präsentation des Haushaltsplans.

Schöffin Anne Arend (CSV) stellt gleich zu Beginn klar, dass ihre Präsentation sich an einer Logik der „bestmöglichen Bestrebung“ orientiert und dass nur das den Gemeinderatsmitgliedern zugesandte Haushaltsdokument mit seinen Änderungen verbindlich ist. Sie kündigt an, dass die Präsentation neu gegliedert wird, mit einer strengeren Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben sowie Richtwerten für den Gesamtbetrag pro Bereich.

Anschließend beginnt sie mit der Vorlage der ordentlichen Einnahmen. Hier ist eine lineare Entwicklung mit einem Anstieg von etwa 2 Millionen pro Jahr zu verzeichnen. 2025 beläuft sich die staatliche Zuwendung auf 44,13 Millionen Euro, und für 2026 wird ein Anstieg auf 46 Millionen erwartet. Diese Zuwendung bleibt weiterhin die Hauptfinanzierungsquelle der Gemeinde.

Die Grundsteuer wird auf 1,12 Millionen Euro veranschlagt, eine Schätzung, die leicht über dem aktuellen Stand liegt, was durch die bevorstehende Erschließung neuer Wohngebiete gerechtfertigt ist. Die Gewerbesteuer basiert auf den vom Ministerium übermittelten Zahlen. Die Zinserträge werden bewusst niedrig geschätzt (400.000 Euro), obwohl sie 2025 bereits 600.000 Euro übersteigen. Die Gemeinde verfolgt hier einen vorsichtigen Ansatz und arbeitet gemeinsam mit ihrem Gemeindegeldkassierer daran, die

Mittel, insbesondere die aus dem Wohnungsbaupakt oder dem Reservefonds, besser anzulegen.

Ein allgemeiner Posten umfasst alle weiteren ordentlichen Einnahmen (geringfügige Steuern, Gebühren usw.), sodass die Gesamtsumme ausgeglichen ist.

Anschließend geht die Schöffin auf die Beiträge an die interkommunalen Zweckverbände ein. Der Gesamtbeitrag beläuft sich auf rund 3,7 Millionen Euro. „Les Thermes“ bleiben stabil bei 1,48 Millionen. Der Beitrag zum SIGI verringert sich auf 372.000 Euro, was positiv aufgenommen wird. Die Beiträge zum SICONA und SIDOR bleiben vorerst unverändert, auch wenn SIDOR aufgrund der Investition in eine neue Feuerungsanlage für die Zukunft eine Erhöhung plant. Der Beitrag zum SYVICOL beläuft sich auf 35.000 Euro. Der für das Krematorium zuständige SICEC verlegt aufgrund von Verzögerungen einen Teil seiner geplanten Ausgaben auf 2026. Die Kosten für Wasser (SEBES und SEC) steigen aufgrund des höheren Preises pro Kubikmeter leicht an. Der Beitrag zum SIGRE für Grünabfälle bleibt unverändert.

Anschließend widmet sich die Präsentation den Verwaltungskosten. Hier gibt es eine erste Überraschung: Die Vergütung der gewählten Vertreter steigt. Der Gemeinderat beschließt, die Sitzungsgelder anzupassen, die trotz einer möglichen Erhöhung aufgrund der Vergrößerung des Gemeinderats auf 15 Mitglieder nicht angehoben worden waren. Die Erhöhung beträgt etwa 20 % und gilt gleichermaßen für alle Mitglieder des Gemeinderats und die Mitglieder der Kommissionen.

Es ist ein leichter Anstieg bei Kosten für Rechtsberatung der Gemeinde zu verzeichnen, da mit möglichen Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit den vielen städtebaulichen Projekten zu rechnen ist. Der Haushalt sieht auch Honorare für den externen Datenschutzbeauftragten in Höhe von 21.000 Euro vor.

Eine wichtige Haushaltslinie bezieht sich auf die Berater des technischen Dienstes. Es handelt sich hierbei insbesondere um fachlich spezialisierte Büros, die die Gemeinde bei den Projekten unterstützen, darunter eine Person, die sich ausschließlich mit Fragen zum PAG (Allgemeiner Bebauungsplan) befasst und an sämtlichen technischen Sitzungen teilnimmt. Der Kosten-

aufwand ist zwar beträchtlich, jedoch für die weitere Umsetzung der Projekte unerlässlich.

Die Kosten für Versicherungen belaufen sich auf 149.000 Euro und sind leicht gestiegen, um eine Anpassung in letzter Minute zu Beginn des Jahres zu vermeiden. Unter dem Titel „Lätz prepare“ wird derzeit ein neuer kommunaler Resilienzplan mit einem Budget von 40.000 Euro ausgearbeitet.

Die Investitionen im Bereich Software verzeichnen einen deutlichen Anstieg von 35.500 auf 86.000 Euro. Die Gemeinde plant die Anschaffung eines Managementtools für Bürgeranfragen: Anträge auf Erteilung von diversen Genehmigungen, Einschreibungen aller Art. Eine erste Lösung wird derzeit geprüft, aber die Gemeinde möchte vor ihrer Entscheidung auch den SIGI zu Rate ziehen. Es geht darum, die Digitalisierung der internen Prozesse zu verbessern. Ergänzende Tools werden ebenfalls implementiert, wie z.B. elektronische Protokolle und ein System zur Verwaltung der eingehenden Post, die fortan jeden Morgen eingescannt wird.

Die Kosten für Post und Telekommunikation bleiben weitgehend unverändert. Die Verwaltungskosten, ohne Personalkosten, werden für das kommende Jahr auf ca. 1,4 Millionen Euro geschätzt.

Anschließend kommen die Bereiche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zur Sprache. Hier sind für das Jahr 2026 insgesamt 530.000 Euro vorgesehen. Klassische Posten wie „HotCity“ oder „Strassen.lu“ werden weitergeführt. Ein neuer digitaler Bildschirm soll den derzeit gemieteten Bildschirm am Empfang ersetzen, dessen Qualität nicht angemessen ist. Die Gemeinde beabsichtigt, einen leistungsfähigeren Bildschirm und eine leistungsfähigere Software zu erwerben.

Weitere Posten betreffen amtliche Bekanntmachungen in der Presse, Kampagnen zur Öffentlichkeitsarbeit, das Gemeindeblatt (Buet) sowie die Hoplr-App. Das Budget für Städtepartnerschaften wird leicht erhöht, um mehr Initiativen mit den Partnerstädten, einschließlich der ukrainischen Partner, zu ermöglichen.

Ein seit langem geplantes groß angelegtes Projekt kommt erneut zur Sprache: die Einrichtung eines kommunalen Intranets. Bei mehr als 130 Mitarbeitern

ist es unerlässlich, den internen Informationsfluss zu verbessern und es leichter zu machen, Kollegen zu identifizieren. Dieses Projekt, das aufgrund zahlreicher anderer Vorhaben (unter anderem die Feierlichkeiten zum 175-jährigen Jubiläum von Strassen) zurückgestellt wurde, ist nun eine der Prioritäten, die es umzusetzen gilt.

Es folgt die Vorlage des Betriebsbudgets des technischen Dienstes. Die Fahrzeuge werden nun in die außerordentlichen Ausgaben aufgenommen, da sie abschreibungsfähig sind. Der ordentliche Haushalt des Dienstes pendelt sich bei rund 1,26 Millionen Euro ein. Der einzige nennenswerte Anstieg betrifft die Fortbildungen, insbesondere im Bereich Wasserversorgung. Aufgrund eines Vorfalls im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit der Wasserqualität hat die Gemeinde beschlossen, stärker in die Fortbildung ihrer Mitarbeiter zu investieren, die Überwachungsinstrumente zu verbessern und sich auf künftige Arbeiten auf diesem Gebiet vorzubereiten.

Ein weiterer wichtiger Teil des Haushalts ist das Sozialwesen. Die Gemeinde zahlt einen Beitrag in den Beschäftigungsfonds ein, dessen Höhe auf Grundlage der Gewerbesteuer berechnet wird. Der Anstieg dieser Haushaltslinie in diesem Jahr ist auf eine außerordentliche Zahlung für zwei Jahre (2024 und 2025) zurückzuführen. 2026 kehrt der Betrag mit 1,2 Millionen Euro wieder zum Normalwert zurück.

Das Sozialamt verzeichnet einen leicht rückläufigen Haushalt von 357.000 Euro. Dieser Rückgang ist auf eine Anpassung nach einer zu Beginn des Jahres beschlossenen einmaligen Erhöhung zurückzuführen. Die Beihilfen für Lebenshaltungskosten steigen stark an, da auf ein automatisiertes System umgestellt wurde: Die Gemeinde erhält von staatlicher Seite eine Liste der anspruchsberechtigten Personen und leistet dann die entsprechenden Zahlungen. Der Haushalt steigt somit von 100.000 auf 148.000 Euro. Die Mietzuschüsse werden in Erwartung neuer Anträge vorsichtshalber leicht erhöht.

Die Beiträge zugunsten anderer sozialer Akteure bleiben unverändert: 375.000 Euro für das CIGL, 30.000 Euro für das PINSS-Projekt, das mit sehr geringen Mitteln betrieben wird. Eine neue Solidaritätsinitiative unter

der Bezeichnung „Givebox“ wird ebenfalls mit einem Budget von 10.000 Euro berücksichtigt.

Die klassischen Spenden werden beibehalten: 15.000 Euro für die ASTM, 30.000 Euro für internationale Spenden und 25.000 Euro für nationale Spenden.

In Sachen Integration sieht die Gemeinde ein Budget von 50.000 Euro für Übersetzungen vor. Für Chancengleichheit sind 23.000 Euro vorgesehen, insbesondere für Aktionen rund um den Internationalen Tag der Frauenrechte. Das Budget für „Integration“ wird deutlich aufgestockt auf 66.000 Euro, mit konkreten Projekten wie das „Café de Babel“, die „Marche gourmande“ und ein neues Projekt namens „L'Atelier des Carrefours“, ein Ort für freien künstlerischen Ausdruck, der Teil eines Konzepts zur Förderung der psychischen Gesundheit ist.

Der kommunale Plan für Menschen mit Behinderung wird weiter ausgebaut. In der Nähe des CHL ist ein inklusiver Spielplatz geplant, und besonderes Augenmerk wird auf die Barrierefreiheit der Straßen gelegt. Der Plan für interkulturelles Zusammenleben wird ebenfalls weiter ausgearbeitet, wobei die staatliche Beihilfe zur Finanzierung der für dieses Dossier zuständigen Person 35.000 Euro beträgt.

Im Bereich Jugend wird der Haushalt für die Maison des Jeunes (Jugendhaus) von 353.000 auf 464.000 Euro erhöht. Die Nähe zum „Skatepark“ dürfte dazu führen, dass mehr Jugendliche kommen, und das Rote Kreuz plant bereits, sein Team vor Ort zu verstärken. Weitere Ausgaben entfallen auf den Jugendbeauftragten, Ferienaktivitäten, Studentenjobs im Sommer sowie Prämien für schulische Leistungen und den Dienst „Babyplus“.

Die beiden größten Posten betreffen die Kindertagesstätten und die Maison relais. Das Budget für die Kindertagesstätten steigt aufgrund der Indexierung der Gehälter und der Anpassung des SAS-Vertrags. Für die Maison relais erreicht das Budget für 2026 die beachtliche Summe von 9,5 Millionen Euro brutto. Davon kommen 6,8 Millionen für eine 75-prozentige staatliche Subventionierung in Frage. Der nicht förderfähige restliche Betrag umfasst Projekte wie „Loft“ oder „Projet Nature“, vor allem aber den sehr personalintensiven Fahrdienst zu Sportvereinen.

Dieses Angebot ist einzigartig in Luxemburg: Strassen ist die einzige Gemeinde, die dieses System in Zusammenarbeit mit Vereinen anbietet. Das Sportministerium ist daran interessiert, und es ist ein Treffen geplant, um über eine mögliche Förderung zu beraten. Jede zusätzliche Unterstützung wäre willkommen, auch wenn sie nicht die gesamten 3,8 Millionen Euro an nicht subventionierten Kosten abdeckt.

Bestimmte Ausgaben, wie z. B. für Reinigungspersonal oder externe Berater, die für das Gebäude zuständig sind, werden dem Roten Kreuz in Rechnung gestellt, was zu internen Einnahmen führt.

Was die Senioren angeht, so befindet sich der kommunale Seniorenplan nun in der Umsetzungsphase, mit einem Restbudget von 4.000 Euro. Für das Centre Riedgen verdoppelt sich der Haushalt, da die Gemeinde die Abrechnungen der vergangenen Jahre ausgleicht. Diese Verzögerung ist auf einen Wechsel der Treuhandgesellschaft zurückzuführen. Der neue Partner arbeitet schneller: Die Abrechnung für 2023 liegt bereits vor.

Für das Programm „SuperSenior“, bei dem Senioren mobilisiert werden, um Kindern bei ihren Hausaufgaben zu helfen, sind 15.000 Euro vorgesehen. Das Programm „Aktiv Plus“ verfügt über ein großzügigeres Budget, um seine zahlreichen Aktivitäten für Senioren zu organisieren, darunter das traditionelle Weihnachtsfest, das sich immer großer Beliebtheit erfreut.

Der Lieferservice für Mahlzeiten („Repas sur roues“) erhöht seine Preise um 23 %. Dies ist auf eine Entscheidung des Anbieters Sodexo zurückzuführen. Die Gemeinde passt daher ihre Einnahmen an und auch ihre eigene Preisliste: Der Preis pro Mahlzeit steigt von 8 auf 12 Euro. Die Kosten für die alle zwei Jahre stattfindende Messe für Senioren (Foire du Troisième Âge) fielen deutlich geringer aus als erwartet (4.000 Euro statt der im Haushalt vorgesehenen 20.000 Euro).

Der nächste Teil der Präsentation befasst sich mit dem Thema Sport und Vereinen. Das ursprünglich auf Senioren ausgerichtete SPOLO-Programm wird mit Abendkursen für Berufstätige ergänzt. Die dafür vorgesehenen Mittel steigen von 84.500 auf 119.700 Euro. Die Ausgaben für Sportplätze hingegen sinken deutlich, da die Instandhaltung des neuen Platzes im Rahmen des

ursprünglichen Dreijahresprojekts erfolgt und ein Platz für den Bau einer neuen Schule freigegeben wird.

Die Kosten für die Instandhaltung der Sporthallen steigen auf 779.500 Euro. Dies ist vor allem auf den Austausch der Tatamis in der Karatehalle zurückzuführen. Die Zuschüsse für Sportvereine werden erneut gewährt und gliedern sich auf in reguläre Zuschüsse, Zuschüsse für Jugendliche und Zuschüsse für spezifische Projekte. Außerdem werden Einnahmen aus SPOLO-Beiträgen, der Vermietung von Hallen an nationale Verbände und der teilweisen Erstattung des Gehalts des Sportkoordinators erwartet.

Was die Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen angeht, so bleibt das Budget 2026 unverändert gegenüber dem Vorjahr. Die Organisation des 175-jährigen Jubiläums von Strassen stellt einen einmaligen Posten dar, der als solcher in der Haushaltsrechnung ausgewiesen wird. Das alle zwei Jahre stattfindende Stroossefestival ist nicht im Programm für dieses Jahr enthalten, aber es ist eine neue Biennale geplant mit einer großen Ausstellung, die luxemburgischen Künstlern zwischen 1930 und 1960 gewidmet ist. Ein innovatives Projekt, „Konscht am Bësch“ genannt, wird im renovierten Chalet Fräiheetsbamins Leben gerufen, mit dem Ziel, interaktive Kunst im Freien anzubieten. Die technischen Kosten für die Installationen bei Konzerten und Volksfesten sind in den gewöhnlichen Posten enthalten, ohne dass es hier zu nennenswerten Änderungen kommt.

In Sachen Umwelt führt die Gemeinde ihr Engagement weiter. Das Budget für den Forstbereich bleibt unverändert, während die Mittel für Umweltprämien erhöht werden, da mit einem Anstieg der noch nicht vom Ministerium bearbeiteten Anträge zu rechnen ist. Vorsorglich sind daher Mittel in Höhe von 300.000 € vorgesehen. Der kommunale Energieplan wird fortgesetzt. In diesem Zusammenhang sind 200.000 € für die Renovierung öffentlicher Gebäude vorgesehen. Die Einnahmen aus dem Klimapakt (186.000 €) und dem Naturpakt (75.700 €) kompensieren diese Investitionen zum Teil. Parallel dazu werden durch den Verkauf von Holz aus der Forstwirtschaft Einnahmen in Höhe von 89.000 € erzielt.

Die Gemeinde optimiert auch ihre Energieausgaben. Durch den Wechsel des Lieferanten – von Enovos zu

Sudstrom – rechnet sie mit Einsparungen in Höhe von 25.000 € und hält das Budget für Strom, Wasser und Gas auf einem umsichtig angesetzten Niveau von 1,4 Millionen Euro.

Im Bereich der städtischen Infrastruktur stehen nur wenige Änderungen an. Allerdings wird es Verbesserungen geben bei der Beschilderung und bei Studien zur sanften Mobilität. Derzeit laufen zwei große Projekte: die Ausarbeitung eines Mobilitätsplans zusammen mit den Nachbargemeinden und der Beitrag zum interkommunalen Radwegenetz. Das dafür vorgesehene Budget steigt durch die Einbeziehung dieser neuen Studien von 105.000 € auf 131.000 €. Die Instandhaltung des Straßennetzes bleibt weitgehend unverändert, während bei der Straßenbeleuchtung insbesondere im Park Riedgen aufgrund komplexer Reparaturarbeiten Mehrkosten anfallen. Hier steigt das Budget auf 604.000 €, bedingt durch den steigenden Aufwand für die Instandhaltung und die teilweise externe Vergabe von Dienstleistungen.

Die Kosten für die Friedhofspflege gehen leicht zurück, wobei der Baubeginn für die neue Leichenhalle für Anfang Januar vorgesehen ist. Die Kosten für die Instandhaltung der Werkstätten bleiben mit 126.200 € unverändert.

Was den Abfall betrifft, so fallen die Zahlen positiv aus. Die ordentlichen Einnahmen belaufen sich auf fast 2 Millionen Euro, während die direkten Entsorgungskosten bei 1,5 Millionen Euro liegen. Die einzige nennenswerte Änderung betrifft Grünabfälle, die nun zu „Minettkompost“ gebracht werden, da die bisherige Lösung nicht mehr genutzt werden kann. Dies ist mit Mehrkosten verbunden, sodass das Budget auf 100.000 € angesetzt wurde. Die Gemeinde plant, diesem Gemeindesyndikat offiziell beizutreten, um die Ausgaben langfristig rationalisieren zu können.

Im Bereich der Abwasserentsorgung beläuft sich der Anteil an der Pumpstation Helfent auf 1,174 Millionen Euro. Die Einnahmen liegen bei 1,264 Millionen, wodurch dieser Posten ausgeglichen ist. Im Bereich Trinkwasser stellt der Wasserkauf beim SEBES mit 1,39 Millionen Euro den größten Posten dar. Angesichts der Vorfälle im vergangenen Jahr sind Investitionen zur Verbesserung der Qualitätsüberwachung geplant. Außerdem

werden 15.000 € für Kommunikation und Sensibilisierung bereitgestellt, um größere Transparenz zu gewährleisten.

Die Einnahmen aus der Wasserversorgung sind nach wie vor nicht kostendeckend. Es ist jedoch eine Gebührenanpassung in Vorbereitung und diese steht an, sobald die AGE (Wasserwirtschaftsbehörde) ihre Stellungnahme zu der 2025 in Auftrag gegebenen Studie abgegeben hat.

Die Kosten für das Parken liegen bei 542.179 €, während die Einnahmen aus Anwohnerparkausweisen und Parkuhren 119.000 € betragen. Was die Feuerwehr angeht, so sinkt der Beitrag der Gemeinde seit 2024 drastisch und wird 2026 bei 222.544 € liegen, während er zuvor 616.669 € betrug.

Schließlich wird ein besonderes Augenmerk auf das Thema Mobilität gelegt. Der kommunale Verkehrsdienst „Flex“ wird weiter ausgebaut und auf neue Stadtteile ausgeweitet. Der Fahrradverleihdienst erfreut sich ebenfalls großer Beliebtheit, und es ist geplant, eine neue Station einzurichten. Die Wartungskosten für diese Angebote werden auf 250.200 € geschätzt. Die Kosten für die Instandhaltung der Bushaltestellen steigen aufgrund ihrer zunehmenden Nutzung auf 75.000 €. Die Partnerschaft mit Bartringen im Bereich des lokalen Busverkehrs wird derzeit evaluiert, damit die Anzahl der Fahrzeuge besser an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden kann. Die anderen Verkehrsdienstleistungen – Nachtbus, Adapto, Linien 22 und 31 – bleiben auf einem konstanten Niveau und die Kosten dafür belaufen sich auf insgesamt rund 460.000 €.

Im Bereich der sanften Mobilität setzt die Gemeinde ihre Bemühungen fort: Für den Ausbau der Radwege sind 25.000 € vorgesehen, hinzu kommen weitere 60.000 € für die Instandhaltung und Einrichtung der SWIO-Ladestationen.

Das Kapitel, das sich mit dem Thema Wohnen befasst, zeigt drei unterschiedliche Ansätze auf. Erstens: Wohnungen, die zum Marktpreis vermietet werden. Für 2026 ist ein Budget von 234.100 € vorgesehen, gegenüber 153.262 € im Jahr 2025. Allerdings gehen die erwarteten Einnahmen zurück. Dieser Trend hängt damit zusammen, dass die Gemeinde nach jeder

Renovierung einer Wohnung systematisch deren Status neu bewertet, um sie gegebenenfalls in den Sozialwohnungsbestand zu überführen und so die lange Warteliste abzubauen. Diese Verschiebung führt zu einem automatischen Rückgang der Einnahmen in dieser Kategorie.

Bei den Sozialwohnungen hingegen bleibt das Budget mit 614.171 € stabil. Die entsprechenden Kosten steigen allerdings mit zunehmendem Alter der Gebäude, von denen einige aus den frühen 1990er Jahren stammen. Gleichzeitig sinken die Einnahmen aufgrund einer gesetzlich vorgeschriebenen Neuberechnung, die nun eine Obergrenze für die von den Gemeinden erhobenen Mieten festlegt. Jeder Überschuss muss von der Gemeinde ausgeglichen werden, was Auswirkungen auf das finanzielle Gleichgewicht im Rahmen dieser Maßnahme hat.

Was das "Centre Médical" (Ärztehaus) angeht, so sind die Indikatoren vorteilhafter. Im Jahr 2025 hat die Gemeinde 97.000 € investiert und Mieteinnahmen von über 500.000 € erzielt. Im Jahr 2026 sind Arbeiten in Höhe von 166.100 € geplant, wobei Einnahmen in Höhe von 459.000 € erwartet werden, was eine Bestätigung für die Rentabilität dieses Gebäudes ist.

Bei den Nebengebäuden wie dem Centre Barblé, dem Gebäude der Pfarrgemeinde oder der Kirche, so halten sich die Investitionen in Grenzen. Für das Centre Barblé sind 2026 nur begrenzte Instandhaltungsarbeiten vorgesehen, da für 2027 eine umfassende Renovierung geplant ist. Die Kosten für das Gebäude der Pfarrgemeinde bleiben unverändert, während die Kosten für die Kirche auf das absolute Minimum reduziert werden, obwohl sie Eigentum der Gemeinde ist.

Ein Budget von 250.000 € ist für die Herstellung der Konformität und Sicherheit öffentlicher Gebäude vorgesehen, insbesondere in Hinblick auf die Barrierefreiheit für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. In bestimmten Fällen kommen diese Arbeiten für einen Zuschuss in Frage, im Haushalt werden jedoch nur die bestätigten Beihilfen aufgeführt.

Im Bereich Bildung werden die ordentlichen Ausgaben für 2026 auf 2,3 Millionen Euro geschätzt. Dieser Betrag deckt alles ab, was nicht vom Staat übernommen wird:

Instandhaltung der Gebäude, Kauf von Schulmaterial, Schulausflüge, pädagogische und digitale Aktivitäten, aber auch Schulbusse, Begleitpersonen, Reisen, UNESCO-Projekte und Sensibilisierungsmaßnahmen zur Förderung des Umweltbewusstseins. Die Erhöhung ist beträchtlich, spiegelt aber das Engagement der Gemeinde für ein qualitativ hochwertiges schulisches Umfeld wider.

Auch der Musikunterricht nimmt einen immer größeren Stellenwert ein. Das Budget der Musikschule steigt von 1,2 auf 1,3 Millionen Euro. Die Zahl der Schüler nimmt jedes Jahr zu, daher ist diese Erhöhung logisch. Auch wenn eine Rückerstattung durch den Staat in Höhe von 60 % zu erwarten ist, bleibt die Gemeinde bei ihren Einnahmeprognosen bewusst zurückhaltend.

Die Kurse für Erwachsene finanzieren sich weitgehend selbst. Von den für 2026 vorgesehenen 292.000 € werden 246.000 € durch die Einschreibungen abgedeckt. Im Jahr 2024 wurde aufgrund einer Änderung des Rechnungsstellungszeitraums ein Überschuss erzielt, was jedoch die Ausnahme bleibt. Das System bleibt weiterhin finanziell ausgeglichen.

Insgesamt weisen die wichtigsten Posten des ordentlichen Haushalts eine solide Finanzlage auf. 2025 schließt die Gemeinde das Geschäftsjahr mit einem Überschuss von 18 Millionen Euro ab (65 Millionen Euro Einnahmen bei 47 Millionen Euro Ausgaben). Für 2026 wird ein leichter Anstieg der Ausgaben auf 52 Millionen Euro erwartet, während die Einnahmen bei 66 Millionen Euro liegen, was einen voraussichtlichen Überschuss von 14,7 Millionen Euro ergibt. Unter Berücksichtigung der bisher erzielten Margen rechnet das Schöffenkollégium realistisch mit einem effektiven Überschuss von rund 17 Millionen Euro, wodurch die im Vergleich zu anderen Gemeinden günstige Finanzlage der Gemeinde konsolidiert wird.

Nachdem sie den ordentlichen Haushaltsplans in groben Zügen umrissen hat, geht Schöffin Anne Arend (CSV) auf die Personalausgaben ein. Im Jahr 2024 beschäftigte die Gemeinde 131 Mitarbeiter, was einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr (114 Mitarbeiter) darstellt und eine direkte Folge der Entwicklung der Gemeinde und der Notwendigkeit ist, die Teams, insbesondere in den technischen Diensten, zu verstärken.

Für 2026 gibt es jedoch keine konkreten Pläne für Neueinstellungen. Das Schöffenkolegium behält den Bedarf weiterhin im Auge, beabsichtigt jedoch, die Zahl der Mitarbeiter auf einem stabilen Niveau zu halten. Bestimmte Aufgabenbereiche unterliegen mit den digitalen Tools einem Wandel, was in manchen Fällen – wie beispielsweise im Einwohneramt – zu Effizienzsteigerungen führt. In anderen Bereichen hingegen, wie beispielsweise bei den technischen Diensten, wird die Arbeitsbelastung mit der Ausweitung der Teilbebauungspläne und neuer Wohngebiete weiter zunehmen.

Die Personalausgaben belaufen sich somit auf 13,2 Millionen Euro im Jahr 2025 gegenüber 12,2 Millionen im Jahr 2024. Für 2026 dürften sie unter Berücksichtigung von Beförderungen, Aufstiegsmöglichkeiten und anderen Aufwertungen 15,7 Millionen Euro erreichen. Dies entspricht etwa 23,7 % der ordentlichen Einnahmen – ein für eine wachstumsstarke Gemeinde immer noch recht guter Wert.

Danach werden die wesentlichen Aspekte des außerordentlichen Haushalts präsentiert. Eine erste Tabelle zeigt eine Zusammenfassung aller erwarteten Zuschüsse des Staates oder anderer Partner: Beiträge für den Kauf von Forstgeräten, Subventionen für Wohnungsprojekte, Beihilfen für Investitionen in kommunale Gebäude usw.

Für 2025 rechnet die Gemeinde mit 5,2 Millionen Euro an Beihilfen, wobei das ursprüngliche Ziel bei 11,9 Millionen lag. Für 2026 sind 10,7 Millionen vorgesehen, was jedoch eine vorsichtige Schätzung ist: Viele Zuschüsse sind noch nicht aufgeführt, da noch keine bestätigten Zahlen vorliegen. Eine Reihe von Projekte wie die neue Schule, die Maison relais, das Integrationszentrum für ältere Menschen oder die Maison des Jeunes dürften erhebliche Zuschüsse erhalten.

Im Bereich außerordentliche Ausgaben beginnt Schöfin Anne Arend (CSV) mit dem Urbanismus, wo mehrere wichtige Studien laufen, insbesondere für die Zone Kiem und das Gelände des früheren Bâtiself. Die Kosten für diese Studien belaufen sich auf etwa 730.000 €. Außerdem wird eine vollständige Überarbeitung des Allgemeinen Bebauungsplans für einen Betrag von 230.000 € in Angriff genommen. Hier geht es darum,

eine strategische Neuausrichtung für die Entwicklung des Gemeindegebietes auszuarbeiten. Das Projekt zur Vergrößerung des Rathauses wird ebenfalls in Angriff genommen und es sind 800.000 € für den Baubeginn vorgesehen. Hinzu kommen eine neue Heizungsanlage (200.000 €) und Studien zum künftigen mehrstöckigen Parkhaus (125.000 €).

Das ursprünglich in der Nähe der Apotheke geplante Mehrzweckgebäude wird schließlich mit einem überarbeiteten Konzept in der Nähe der Sporthalle gebaut: ein eigenständiges Gebäude für den LoFT („Lokale Familientreff“) mit einem Gewächshaus als Ergänzung zum „Kannergaart“. Beides strategisch günstig in der Nähe der Schule und der früheren Imbissstube des Fußballplatzes. Diese neue Standortwahl zielt darauf ab, eine bessere Synergie mit den bestehenden Angeboten zu erzielen. Außerdem sind erste Mittel für die Planung der Neugestaltung der ehemaligen Apotheke in der Rue des Romaines voranschlag.

Im technischen Bereich werden mehrere Investitionen getätigt: Anschaffung von Maschinen für die Instandhaltung der Gebäude (128.000 €), neue Fahrzeuge für die Mitarbeiter, die im Außendienst tätig sind (238.000 €), Umgestaltung der Werkstätten mit Lagerplattformen (169.500 €), Ausrüstung für den Wasserversorgungsdienst zur Verbesserung der Kapazitäten in Bezug auf Analyse und Ortung von Leckagen (200.000 €) sowie die schrittweise Einführung von Glasfaser im Umfeld der kommunalen Gebäuden (40.000 €).

Im Bereich Sozialwesen investiert die Gemeinde weiterhin in das Centre Riedgen, mit einem Budget von 130.000 € für die Renovierung der Zimmer und einem Budget von 700.000 € für die Erweiterung des Gebäudes im Rahmen des geplanten CIPA. Die Kantine der Maison relais wird ebenfalls umgebaut (300.000 €), und die Gemeinde plant die Anschaffung neuer Möbel für weitere 200.000 €. Was die Maison des Jeunes betrifft, so sollen die Arbeiten im Frühjahr 2026 abgeschlossen werden: Für die Fertigstellung des Projekts sind noch 2 Millionen € im Haushalt vorgesehen.

Im Bereich Umwelt sind mehrere größere Investitionen vorgesehen: Der obligatorische Beitrag zur Kläranlage beläuft sich auf 1,02 Millionen Euro. Des weiteren werden zwei große Photovoltaik-Projekte in Angriff genommen

- eines auf dem Parkplatz des neuen Fußballplatzes, das andere auf dem Dach der Schule „Hueflach“ - für einen Gesamtbetrag von 1,96 Millionen Euro. Parallel dazu wird die Straßenbeleuchtung weiterhin mit LED-Leuchten aufgerüstet (250.000 €).

Die Renaturierung bleibt weiterhin eine Priorität. Nach dem Erfolg des Henri-Dunant-Projekts, für das die Gemeinde einen nationalen Preis erhalten hat, der mit einer Subvention von 500.000 € einherging, die den Großteil der Kosten für die Arbeiten abdeckte, hat die Gemeinde nun die Renaturierung eines weiteren symbolträchtigen Ortes in der Cité Pescher in Angriff genommen. Dieses Projekt, dessen Gesamtkosten sich auf 805.000 € belaufen (davon sind 735.000 € für 2026 vorgesehen), erhält ebenfalls eine nicht unerhebliche finanzielle Unterstützung von 500.000 €.

Zudem werden mehrere Sanierungsprojekte durchgeführt, unter anderem die Sanierung der Kanalisation in den Straßen Chaussée Blanche, Rue Follereau und Rue des Romaines sowie der Umbau des ehemaligen Rückhaltebeckens der Cité Pescher, dessen derzeitige Gestaltung als unansehnlich und technisch veraltet gilt.

Weiter geht es mit der Vorlage des letzten Teils des außerordentlichen Haushaltsplans, der sich vor allem mit Investitionen in den Bereichen Wohnen, Lebensqualität, öffentliche Einrichtungen und Strukturprojekte befasst.

Im Bereich Wohnen setzt die Gemeinde ihre Strategie fort, die auf Erschwinglichkeit und Diversifizierung der Angebote ausgerichtet ist. Für 2026 sind 2 Millionen Euro für weitere Tiny Houses vorgesehen, die auf mehreren bereits ausgewählten Grundstücken errichtet werden sollen.

Parallel dazu sind Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten in mehreren Gebäuden geplant, insbesondere in der Rue des Romaines Nr. 92-94, wo die Sozialwohnungen deutliche Alterserscheinungen aufweisen. Bis ein umfassendes Renovierungsprojekt in Angriff genommen wird, sind 200.000 € für einzelne Arbeiten vorgesehen. Das kürzlich erworbene Gebäude in der Rue des Prés 12 wird renoviert, um neuen Bewohnern Platz zu bieten. Die drei Häuser in der Rue Henry Dunant werden aufgrund zahlreicher Probleme ebenfalls renoviert

und sollen schließlich im Rahmen von Erbpacht vergeben werden. Es sind auch Mittel vorgesehen, um das Haus in der Rue de l'Église mit neuem Leben zu erfüllen sobald das Jugendzentrum in neue Räumlichkeiten umgezogen ist.

Im Rahmen des Projekts „Stroossen 2030“ sind 400.000 € für die umfassende Errichtung des Zentrums vorgesehen. Parallel dazu erhält der Jugendcampus einen Betrag von 685.000 € für Erschließungsmaßnahmen rund um die neuen Infrastrukturen. Für einen inklusiven Spielplatz neben dem CHL, der von einem Verein betroffener Eltern unterstützt wird, sind im Haushalt 900.000 € vorgesehen. Erwartet wird hierfür auch eine Subvention, deren offizielle Bestätigung steht jedoch noch aus.

Mehrere Vorhaben zur Gestaltung des öffentlichen Raums sind ebenfalls in diesem Teil des Budgets enthalten: die Place des Romaines (400.000 €), ein Hundepark am „Huesepad“, der Teil eines umfassenderen Projekts zur ökologischen Aufwertung ist (200.000 €), sowie die Instandhaltung und Renovierung von Spielplätzen und Stadtmöbeln für insgesamt 1,2 Millionen Euro. Der Bürgerhaushalt wird dieses Jahr nicht weitergeführt, da die Gemeinde es vorzieht, die vier zuvor ausgewählten Projekte abzuschließen, bevor sie 2027 ein neues Programm auflegt.

Die Gemeinde setzt außerdem ihre Bemühungen im Bereich Trinkwasser fort: Renovierung der Infrastruktur, Austausch der Zähler, Einbau einer UV-Anlage für die Aufbereitung, Ausbau der Wasserspeicher. Zusammengekommen ergibt dies ein Investitionsvolumen von einer Million Euro.

Im Rahmen dieses Ansatzes wird ebenfalls das Kanalisationsnetz modernisiert und es sind mehrere Projekte zur Neugestaltung des Straßennetzes im Haushalt vorgesehen, insbesondere in der Chaussée Blanche, der Rue des Carrefours und der Rue Belair.

Zu den wichtigsten Projekten gehört die künftige Leichenhalle, für die zunächst 1,5 Millionen Euro bereitgestellt werden. Der Ausbau der Werkstätten der Stadtverwaltung wird noch geprüft, ohne dass es derzeit konkrete Pläne gibt. Für die Erneuerung und Ergänzung des Fuhrparks des technischen Dienstes mit

schweren Maschinen und Fahrzeugen sind 776.500 € vorgesehen.

Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus plant die Gemeinde den Kauf von 16 neuen Wohnungen im Teilbebauungsplan PAP Suebelfeld in der Nähe des CHL. Für dieses Projekt werden über einen Zeitraum von zwei Jahre 5,5 Millionen Euro bereitgestellt. Ein Betrag von 50.000 Euro wird ebenfalls für eventuelle Abrissarbeiten zurückgestellt, während 1,5 Millionen Euro für eventuelle strategische Immobilienkäufe vorgesehen sind.

Die Neugestaltung der ehemaligen Apotheke ist beschlossene Sache. Für die neue Apotheke ist ein provisorischer Pavillon geplant. Hierfür ist ein Budget von 600.000 € vorgesehen. Für den Fußballplatz werden im Jahr 2026 noch 3,5 Millionen Euro bereitgestellt, was vor allem auf den drastischen Anstieg der Baukosten (+100 % bei bestimmten Losen) zurückzuführen ist. Es sind auch Mittel für die Fertigstellung der Karatehalle und für den Einbau von Sicherheitsvorhängen in der Bogenschießhalle vorgesehen.

Der Ausbau der Sporthalle ist zwar geplant, wird jedoch weiterhin aufgeschoben. Die Pläne liegen vor, doch die Gemeinde hat beschlossen, andere Projekte vorrangig zu behandeln, bevor dieses Projekt in Angriff genommen wird, das jedoch dank eines begrenzten Budgets weiterhin aktiv bleibt. Darüber hinaus sind 120.000 € für abschreibungsfähiges Material für Sportanlagen vorgesehen.

Im letzten Teil des außerordentlichen Haushalts geht es um Investitionen in den Bereichen Gesundheit, Sport und Bildung. Zum Abschluss gibt es einen Gesamtüberblick über die Finanzlage der Gemeinde.

Im Bildungsbereich hält die Gemeinde an ihren Zielen fest. Eine Million Euro ist für den Baubeginn der neuen Schule für den Zyklus 1 vorgesehen, die auf dem Gelände des ehemaligen Fußballplatzes entstehen soll. Für den Zyklus 3 wird eine zusätzliche Etage auf die Ben-Heyart-Schule aufgesetzt, um Platz für mehr Schüler zu schaffen. Für dieses Projekt stehen 525.000 € zur Verfügung. Außerdem ist die Umgestaltung der Wohnung in der Hueflach-Schule geplant, in der bald Erwachsenenbildungskurse stattfinden sollen.

Ein beträchtliches Budget von 400.000 € ist für die Modernisierung der Schulgebäude vorgesehen, insbesondere für den Austausch der Heizungs- und Lüftungsmodule in mehreren Gebäuden. Dieser Austausch kommt zwar unerwartet, ist aber laut den technischen Diensten dringend erforderlich. Außerdem sind 220.000 € für die Renovierung von Klassenräumen während der Sommermonate vorgesehen, während 55.000 € für die Anschaffung neuer IT-Ausstattung zur Verfügung stehen.

Nachdem die gesamte Präsentation gehalten wurde, kann anhand einer Finanzübersicht die Solidität der Gemeindefinanzen bewertet werden.

Für 2025 sieht der berichtigte ordentliche Haushalt Einnahmen in Höhe von 65,08 Millionen Euro und Ausgaben in Höhe von 47,2 Millionen Euro vor. Dies führt zu einem soliden Überschuss von 17,9 Millionen Euro im ordentlichen Haushalt. Der außerordentliche Haushalt weist hingegen ein Defizit von 36 Millionen Euro auf (Einnahmen: 5,2 Millionen Euro; Ausgaben: 41,2 Millionen), was insbesondere auf den hohen Investitionsaufwand zurückzuführen ist.

Damit beläuft sich der Gesamtüberschuss der Gemeinde zum Ende des Geschäftsjahres 2025 auf 16,5 Millionen Euro, gegenüber 52,4 Millionen im Vorjahr. Dies ist ein deutlicher Rückgang, der jedoch angesichts der laufenden Projekte nicht unerwartet kommt.

Für 2026 werden die ordentlichen Einnahmen auf 66,4 Millionen Euro geschätzt, bei Ausgaben in Höhe von 51,7 Millionen, was einen voraussichtlichen Überschuss von 14,7 Millionen im ordentlichen Haushalt ergibt. Was den außerordentlichen Haushalt angeht, so decken die zu erwartenden Einnahmen (10,7 Millionen) die Ausgaben (41 Millionen) nicht, was zu einem Defizit von 30,4 Millionen führt.

Unter Berücksichtigung des allgemeinen Überschusses von 2025 würde die Gemeinde Ende 2026 über einen Gesamtüberschuss von etwa 1 Million Euro verfügen. Damit ist die Finanzlage zwar etwas weniger entspannt als in den Vorjahren, bleibt aber dennoch solide.

Dabei ist zu beachten, dass die verfügbaren Reserven mit 8,5 Millionen Euro im Wohnungsbaupakt und fast 18 Millionen Euro im Reservefonds weiterhin hoch sind,

sodass insgesamt 26,4 Millionen Euro zur Verfügung stehen, die bei Bedarf insbesondere für strategische Ankäufe eingesetzt werden können.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) dankt Schöffin Anne Arend (CSV) für die detaillierte Vorstellung des Haushaltsplans sowie allen Gemeinderäten für ihre Aufmerksamkeit. Dieser komplexe und ehrgeizige Haushalt spiegelt die dynamische Entwicklung der Gemeinde, ihr demografisches Wachstum und ihr starkes Engagement in den Bereichen Wohnen, Infrastruktur, Umwelt und öffentliche Dienstleistungen wider.

3. Billigung von zwei Übereinkommen für PACK'UP-Stationen.

Der Gemeinderat befasst sich anschließend mit der Billigung von zwei Übereinkommen über die Aufstellung neuer PACK'UP-Stationen auf dem Gemeindegebiet.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass die POST den Wunsch geäußert hat, weitere Paketabholstationen einzurichten, da die Nachfrage in der Gemeinde weiterhin hoch ist. Die Gemeinde hat zwei Standorte vorgeschlagen: zum einen den Parkplatz in der Rue Emile Mayrisch in der Nähe des Centre Riedgen und zum anderen den Parkplatz in der Rue du Cimetière.

Die beiden ausgewählten Standorte haben den Vorteil, dass sie sich nicht in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern befinden. Die POST, die für die Aufstellung und Instandhaltung der Stationen zuständig ist, begrüßt diese Vorschläge. Die Gemeinde stellt ihrerseits die Grundstücke unentgeltlich zur Verfügung.

Die Gemeinderätin Lise Jorgensen (DP) bittet um Klärung bezüglich einer Vertragsklausel, die eine sechsmonatige Kündigungsfrist im Falle einer Verlegung der Station vorsieht. Sie fragt sich, ob diese Frist nicht zu restriktiv ist, insbesondere in Hinblick auf künftige Projekte wie den Bau einer neuen Schule. Der Bürgermeister erwidert, dass diese Frist für die Gemeinde kein Problem darstellt, da Großprojekte ohnehin mehrere Monate oder sogar Jahre an Vorbereitungszeit benötigen. Er hält die Vertragsbedingung daher für durchaus akzeptabel.

Da keine weiteren Bemerkungen vorgebracht werden, folgt die Abstimmung im Gemeinderat. Die beiden

Übereinkommen werden einstimmig angenommen und anschließend unterzeichnet.

4. Bestätigung zeitlich befristeter Verkehrsreglements.

Der Gemeinderat kommt anschließend zur Bestätigung eines zeitlich befristeten Verkehrsreglements.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) fragt, ob es zu dieser Maßnahme Fragen oder Anmerkungen gibt. Da sich kein Gemeinderatsmitglied zu Wort meldet, wird über den Punkt abgestimmt.

Das Reglement wird einstimmig bestätigt.

5. Gewährung eines Zuschusses an einen lokalen Verein.

Anschließend wird ein Antrag auf eine außerordentliche finanzielle Unterstützung geprüft, der vom örtlichen Nihon Tai Jitsu Club anlässlich der Feier seines 30-jährigen Jubiläums, welche im Januar 2025 stattfand, gestellt wurde.

Schöffin Anne Arend (CSV) weist darauf hin, dass der Verein nach der Veranstaltung bei der Gemeinde vorgestellt worden ist und dass es im Rahmen eines Austausches möglich war, den Antrag mit einem ausführlich begründeten Schreiben und den entsprechenden Belegen offiziell zu stellen.

Der Verein, mit etwa 35 Mitgliedern, hat eine Großveranstaltung organisiert, deren Kosten sich auf 14.708,66 € beliefen, während die Einnahmen 5.150 € betrugen, was ein Defizit von 9.588,66 € ergibt. Zu den Ausgabenposten zählen insbesondere Mahlzeiten, die Anmietung von zwei Fotoboxen, die Unterbringung von Gästen sowie Reisekosten.

Das Schöffenkollegium schlägt daher vor, ihnen als symbolisches Geschenk zu ihrem Jubiläum einen Sonderzuschuss in Höhe eines Drittels des Defizits, also 3.186 €, zu gewähren.

Anne Arend (CSV) betont die Seriosität des Vereins und dessen regelmäßige Mitwirkung am Vereinsleben der Gemeinde und betont, dass es sich

um einen der diskretesten und zuverlässigsten Vereine handelt.

Einige Gemeinderatsmitglieder, darunter Nicolas Kandel (DP) und Marc Fischer (DP), äußern jedoch Vorbehalte angesichts der verspäteten Antragstellung und bestehen darauf, dass die Vergabeverfahren überarbeitet werden müssen, um größere Klarheit und Gleichbehandlung zu gewährleisten. Sie bedauern, dass dieser Antrag nicht, wie oft verlangt, im Voraus gestellt wurde.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) weist darauf hin, wie wichtig es ist, ehrenamtliches Engagement vor Ort zu unterstützen, ohne es mit übermäßigen Verwaltungsaufgaben zu überfrachten. Seiner Ansicht nach handelt es sich um eine Geste der Anerkennung gegenüber einem Verein, der seit 30 Jahren in Strassen ansässig ist, verantwortungsbewusst handelt und eine einmalige Hilfestellung verdient.

Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag schließlich einstimmig zu.

6. Genehmigung mehrerer Mietverträge.

Der Gemeinderat prüft anschließend die Genehmigung von zwei Mietverträgen für gemeindeeigene Wohnungen.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erklärt, dass es sich um zwei junge Familien aus der Gemeinde handelt. Diese Familien hatten einen Antrag für den Erwerb von Wohnungen gestellt, die von der Gemeinde zum Verkauf angeboten wurden. Auf Grundlage eines Punktesystems stehen diese Bewerber auf der Liste ganz oben.

Bis zur Fertigstellung der notariellen Urkunden wird ein befristeter Mietvertrag für sechs Monate abgeschlossen. In diesem Zeitraum können die Käufer ihren Kredit aufnehmen. Es handelt sich um eine Übergangslösung, damit sie nicht ohne Wohnung dastehen und leichter Wohneigentum erwerben können, ohne zweimal umziehen zu müssen.

Was die Höhe der Miete angeht, wirft die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) die Frage auf, ob es sich um eine erschwingliche Miete handelt, gemäß

der für Sozialwohnungen geltenden Regelung. Der Bürgermeister stellt klar, dass dies nicht der Fall ist: Die Miete wurde nach dem Standardtarif der Gemeinde festgelegt, der auf einem Quadratmeterpreis (je nachdem 12, 13 oder 14 Euro) basiert, aber nicht unter die Regelung für „bezahlbaren Wohnraum“ fällt.

Der Gemeinderat stimmt beiden Verträgen einstimmig zu.

7. Ernennung mehrerer Mitglieder des Verwaltungsrats des Sozialamtes.

Der Gemeinderat nimmt die Ernennung mehrerer Mitglieder des Verwaltungsrats des Sozialamtes vor.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) verweist darauf, dass der Aufruf zur Einreichung von Bewerbungen veröffentlicht wurde und vier Personen ihr Interesse bekundet haben. Eine dieser Personen, mit Wohnsitz in Alzingen, erfüllt jedoch nicht die Zulassungskriterien. Somit bleiben drei Kandidaten für drei zu besetzende Sitze, allesamt scheidende Mitglieder, die ihr Engagement und ihre Tatkraft innerhalb des Gremiums bereits unter Beweis gestellt haben.

Es handelt sich um:

- Paul Klensch
- Marie-Josée Majerus (derzeitige Vorsitzende)
- Charlotte Roger-Bassing

Die Wahl erfolgt in geheimer Abstimmung, und die drei Kandidaten werden in ihren Ämtern bestätigt.

Der Gemeinderat begrüßt, dass die Arbeit im Sozialamt mit einem erfahrenen und bereits gut eingespielten Trio fortgesetzt wird.

8. Neufestsetzung der Aufwandsentschädigungen für das Schöffengericht und der Sitzungsgelder für die Mitglieder des Gemeinderats sowie der beratenden Kommissionen.

Der Gemeinderat nimmt eine Neufestsetzung der Aufwandsentschädigungen für das Schöffengericht sowie eine Anhebung der Sitzungsgelder für die Gemeinderäte und die Mitglieder der beratenden Kommissionen vor.

Schöffin Anne Arend (CSV) erklärt, dass diese Anpassung auf Grundlage von Artikel 1 des großherzoglichen Reglements vom 13. Februar 2009 erfolgt, welches eine Anhebung der Entschädigungen in Gemeinden mit 15 Mitgliedern ermöglicht. Es wurde seit zweieinhalb Jahren keine Anhebung vorgenommen, obwohl dies vorgesehen war, und nun wird diese Anpassung ab dem 1. Januar 2026 umgesetzt.

Die neuen Entschädigungen belaufen sich somit auf:

- 2.555,63 € für den Bürgermeister
- 1.714,40 € für die Schöffen

Aus Gründen der Kohärenz wird vorgeschlagen, auch die Sitzungsgelder anzupassen:

Für Gemeinderäte: von 210,55 € auf 251,69 € pro Sitzung

Für Mitglieder der beratenden Ausschüsse:

- Vorsitzender: 171,17 € (statt 140,37 €)
- Sekretär: 171,17 € (statt 140,37 €)
- Mitglied: 132,05 € (statt 106,48 €)

In der anschließenden Debatte weist Nicolas Kandel (DP) darauf hin, dass ein stärkeres Engagement der Mitglieder des Gemeinderats erforderlich sei, da sie alle in den Genuss einer Freistellung für politische Tätigkeiten kämen. Er mahnt zu einer gewissen Disziplin und Gewissenhaftigkeit, da die Vergütungen recht großzügig sind.

Der Bürgermeister schließt sich dieser Meinung an und erinnert daran, dass die Sitzungszeiten so festgelegt werden, dass alle daran teilnehmen können, auch wenn dies bei bestimmten Berufen nicht immer einfach ist.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) ist ebenfalls der Ansicht, dass sich die Teilnahme der Mitglieder in den Kommissionen nicht auf deren bloße Anwesenheit beschränken sollte, sondern auch eine echte aktive Mitwirkung ermöglichen sollte.

Der Gemeinderat stimmt diesen Bemerkungen zu und betont, dass das Ziel weiterhin darin besteht, ein wirklich konstruktives Mitwirken zu fördern. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

9. Verabschiedung bestimmter Umweltmaßnahmen im Rahmen des Naturpakts.

Auf Vorschlag der Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) verabschiedet der Gemeinderat mehrere Umweltmaßnahmen im Rahmen des Naturpakts. Diese Verabschiedung erfolgt im Hinblick auf das nächste Zertifizierungsaudit, das für Februar 2026 vorgesehen ist. Die Gemeinde hofft, dabei den Status „Bronze“ zu erreichen, was bedeutet, dass 50 % der Ziele erreicht wurden und der Gemeinde eine Beihilfe von schätzungsweise 110.000 Euro einbringen würde.

Es handelt sich um zwei Arten von Maßnahmen:

Das Anlegen von Blumenwiesen mit lokalem Saatgut, das die Artenvielfalt fördert (Bestäuber, Bienen, Insekten), ergänzt durch natürliche Elemente wie Totholzstapel oder Sandhügel.

Die extensive Bewirtschaftung von Grünflächen, insbesondere durch Methoden wie späte Mahd, Verzicht auf Pestizide und reduzierten Düngemiteleinsatz.

Der Gartenbaudienst der Gemeinde ist aktiv an diesem Prozess beteiligt. Das Personal hat Schulungen absolviert, insbesondere beim SICONA. Einige Maßnahmen wurden bereits umgesetzt, beispielsweise im Parc Riedgen, in der Nähe des Karatezentrums oder in der Cité Pescher, wo die Auswirkungen der späten Mahd sichtbar sind. Es wurde eine Übersichtskarte der Grünflächen erstellt, um Handlungspotenziale zu identifizieren.

Allerdings sorgt diese Initiative für heftige Diskussionen im Gemeinderat.

Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) betont, dass die vorgelegten Unterlagen auf eine systematische Anwendung der späten Mahd schließen lassen, auch im Umfeld der Spielplätze, in öffentlichen Parks und in Bereichen, in denen sich viele Familien aufhalten. Dies ist ihres Erachtens nach unangemessen. Sie betont die Notwendigkeit einer Balance zwischen Natur und sozialer Nutzung: Familien, die oft keinen eigenen Garten haben, müssen die Möglichkeit haben, öffentliche Räume in vollem Umfang zu nutzen, ohne hohes Gras, Zecken oder Hindernisse. Ihrer Meinung nach eignen sich bestimmte Zonen für ökologische Maßnahmen, aber nicht alle. Sie bedauert, dass das vorgelegte Dokument keine Klarheit über die tatsächlichen Absichten schafft.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) schließt sich dieser Meinung an und äußert die Befürchtung, dass die Empfehlungen des SICONA rigide umgesetzt werden könnten, was zu Lasten der Einwohner ginge. Als Beispiel führt er Ereignisse wie den Muttertag oder den Nationalfeiertag an, die, wenn die Mahd ausgesetzt wird, in hohem Gras stattfinden würden. Er weist auch darauf hin, dass einige Karten eine fast vollständige Abdeckung bestimmter Zonen ohne klare Unterscheidung nahelegen.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) stellt die Präsentation dieses Plans als „Verabschiedung von Maßnahmen“ in Frage, da keine genaue Liste der betroffenen Zonen beigelegt wurde. Er schlägt vor, die Abstimmung zu verschieben, um mehr Klarheit darüber zu gewinnen, was tatsächlich umgesetzt werden soll.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) und Schöffin Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) betonen dass:

- Der zur Abstimmung vorgelegte Plan ein Plan ist, der sich auf das Potenzial bezieht, das vom SICONA als Richtwert angegeben wurde.
- Bei der Umsetzung der Maßnahmen in jedem Fall mit Bedacht abgewägt wird. Der Zugang zu den Parkanlagen bleibt erhalten, diese werden weiterhin instand gehalten und die späte Mahd wird nicht systematisch angewendet.
- Bereiche wie die Umgebung von Spielplätzen und große Rasenflächen für Familien weiterhin gemäht werden.
- Lediglich bestimmte Randbereiche, die ökologisch relevant und kaum frequentiert sind, betroffen sind.

Gemeinderat Laurent Braun (CSV) verweist darauf, wie wichtig es ist, die Artenvielfalt zu erhalten, und fordert dazu auf, nicht systematisch Grünflächen und deren öffentliche Nutzung gegeneinander auszuspielen, da sinnvolle Kompromisslösungen möglich seien.

Trotz dieser Klarstellung bleiben mehrere Mitglieder der DP skeptisch in Bezug auf die Form des zur Abstimmung vorgelegten Dokuments. Ihrer Meinung nach ist zu vage formuliert, und sie sprechen sich dafür aus, ein weiteres, präziseres Papier zu erarbeiten, in dem die tatsächlich betroffenen Zonen klar ausgewiesen werden.

Nach einer Aussprache wird über den Punkt abgestimmt, wobei sich die DP-Partei der Stimme enthält.

Der Rest des Gemeinderats spricht sich für die Maßnahmen aus. Der Plan wird somit angenommen, wobei sich das Schöffenkollégium verpflichtet, die Maßnahmen mit Umsicht und im Einvernehmen umzusetzen.

10. Urbanismus:

a) Beschluss im Rahmen der Ausübung eines Vorkaufsrechts

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) erwähnt eine Reihe von Grundstücken, für die die Gemeinde ein Vorkaufsrecht hat. Der für die Bearbeitung des Dossiers zuständige Notar hat die erforderlichen Unterlagen vorgelegt. Der Bürgermeister erklärt, dass die Gemeinde in diesem speziellen Fall kein besonderes Interesse daran hat, dieses Recht geltend zu machen.

Er schlägt daher dem Gemeinderat vor, bei der Abstimmung auf die Ausübung des Vorkaufsrechts zu verzichten. Es gibt keinerlei Einwände seitens der Mitglieder des Gemeinderats. Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

b) Beschluss im Rahmen eines Parzellierungsantrags

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) geht nun auf ein weiteres Dossier ein, das mehrere aneinandergrenzende Grundstücke im Bereich der Rue Kaltacht betrifft. Es handelt sich hierbei um einen Antrag auf Parzellierung, doch auch bei diesen Grundstücken möchte die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht nicht ausüben. Der Bürgermeister bittet die Gemeinderäte, sich dazu zu äußern. Da es keine Anmerkungen dazu gibt, wird der Beschluss ebenfalls einstimmig angenommen.

Schließlich spricht Bürgermeister Nico Pundel (CSV) einen dritten Punkt an, bei dem es um einen Antrag auf Parzellierung eines Grundstücks in der Rue des Romains geht. Es geht darum, ein Grundstück in zwei separate Parzellen aufzuteilen. Der Bürgermeister fragt, ob es dazu Fragen oder Anmerkungen gibt. Keines der Mitglieder ergreift das Wort. Die Parzellierung wird ebenfalls einstimmig genehmigt.

10bis. Zusätzlicher Punkt – Übernahme der Kosten für die Beseitigung von Nistplätzen asiatischer Vögel

scher Hornissen durch die Gemeinde (Antrag der DP).

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet den von der DP-Fraktion eingereichten zusätzlichen Punkt ein. Hierbei geht es Probleme im Bereich Umwelt und in Bezug auf die Volksgesundheit die durch asiatische Hornissen entstehen.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) weist darauf hin, dass diese invasive Art nicht nur eine Gefahr für die Artenvielfalt – insbesondere für die heimischen Bienen – darstellt, sondern in bestimmten Fällen auch für die Bevölkerung. Er berichtet von luxemburgischen Gemeinden, die bereits einen Mechanismus zur Kostenübernahme für die Beseitigung dieser Nester eingerichtet haben, die für Privatpersonen mitunter sehr kostspielig werden kann. Er schlägt vor, dass auch die Gemeinde Strassen eine solche Maßnahme einführt: ein System, bei dem die Einwohner verdächtige Nester melden können, woraufhin die Gemeinde einen Auftrag zu deren Beseitigung erteilt und die Kosten dafür übernimmt.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) teilt diese Sorge und erwähnt den Fall eines sehr großen Nestes, das kürzlich im Parc Riedgen entdeckt wurde, aber zu spät entdeckt wurde. Er betont jedoch, dass diese Maßnahme geregelt werden muss, um Missbrauch oder unnötige Einsätze zu vermeiden. Er schlägt vor, dass das letzte Wort bei der Gemeinde bleibt: Sie würde direkt von den Bürgern kontaktiert und dann ein spezialisiertes Unternehmen mit dem Einsatz beauftragen, wobei die Gemeinde die Kosten übernimmt.

Schöffin Betty Welter-Gaul (LSAP) betont, dass viele Nester erst im Herbst entdeckt werden, wenn die Blätter gefallen sind und die Nester oft bereits leer sind. Sie warnt vor überhöhten Rechnungen für unnötige Einsätze.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) befürwortet die Idee, ist jedoch der Ansicht, dass genaue Modalitäten festgelegt werden müssen, insbesondere hinsichtlich der Höhe der Erstattung (vollständig oder teilweise) oder der vorherigen Überprüfung der Aktivität des Nestes.

Gemeinderat Marc Fischer (DP) schließt sich dem Vorschlag voll und ganz an und betont dessen kollektiven

Nutzen: Ein schnelles Eingreifen würde die künftige Verbreitung dieser Schädlingsart begrenzen.

Schließlich kommt der Bürgermeister zu dem Schluss, dass die Gemeinde zunächst einen pragmatischen Ansatz verfolgen wird: Wenn Einwohner ein Nest asiatischer Hornissen melden, wird ein von der Gemeinde beauftragtes und bezahltes Unternehmen die Beseitigung übernehmen.

Nach einer gewissen Zeit wird eine Evaluierung durchgeführt, um gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen, insbesondere im Falle einer Zunahme der Fälle oder steigender Kosten. Er ergänzt, dass die Gemeinde die Dienstleister auswählen wird, um zu gewährleisten, dass die Arbeiten gewissenhaft durchgeführt werden und es nicht zu Auswüchsen kommt.

Der Antrag wird mit einer einzigen Enthaltung angenommen.

11. Verschiedenes.

Bürgermeister Nico Pundel (CSV) leitet den letzten Tagesordnungspunkt ein und spricht von einem arbeitsreichen Wochenende für die Gemeinde: Der Weihnachtsmarkt wird in vollem Gange sein, gefolgt von einem Afterwork im Chalet. Er kündigt auch das vom Volleyballverein am Sonntag organisierte Raclette-Essen sowie weitere kulturelle und festliche Veranstaltungen an. Er weist darauf hin, dass die nächste Sitzung des Gemeinderats in der darauffolgenden Woche stattfinden wird und dass es dabei um die Abstimmung des Haushalts gehen wird. Schließlich lädt er die Mitglieder des Gemeinderats ein, an den lokalen Veranstaltungen teilzunehmen, da ihre Anwesenheit von den Vereinen immer gerne gesehen wird.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) kommt auf eine bereits vor einiger Zeit gemachte Anmerkung zur provisorischen Leichenhalle zurück, die er als wenig einladend bezeichnet. Der Bürgermeister informiert ihn, dass derzeit Sanierungsarbeiten in Höhe von 36.000 € durchgeführt werden und dass die Anlage bald ein ansprechenderes Erscheinungsbild haben wird.

Gemeinderat Nicolas Kandel (DP) weist anschließend darauf hin, dass das Rauchverbot im neuen

Fußballstadion nicht eingehalten wird. Er führt aus, dass es trotz der Vorschriften immer noch Personen gibt, die im Stadion rauchen, insbesondere rund um die Tribünen. Der Bürgermeister bestätigt, dass kürzlich Markierungen auf dem Boden mit der Aufschrift „Rauchfreie Zone“ angebracht wurden und diese auch rund um das Stadion angebracht werden.

Gemeinderat Daniel Thein (DP) äußert sich überrascht über das plötzliche Wiederauftauchen bestimmter Heizungsanlagen, die seit zwei Jahren verschwunden waren und bei der Einweihung des neuen Stadions wiedergefunden wurden. Er fragt sich, warum sie so lange verschwunden waren, ohne dass es eine klare Auskunft dazu gab.

Er weist auch auf die zahlreichen Beschwerden hin, die wegen fehlender Weihnachtsbeleuchtung und -dekoration in mehreren Vierteln eingegangen sind, was im Vergleich zu anderen Gemeinden eine triste Stimmung schafft. Der Bürgermeister räumt ein, dass einige Bereiche weniger festlich beleuchtet sind als andere, hebt jedoch die Anstrengungen hervor, die im Ortskern unternommen wurden.

Gemeinderätin Anne-Marie Linden (déi Gréng) gibt die Bitte ihres Sohnes weiter, der gerne zum Bicherbus gehen würde, dessen Fahrplan jedoch für Kinder im Schulalter ungünstig ist. Sie schlägt vor, diesen Fahrplan zu überarbeiten, damit er besser auf die Verfügbarkeit der Familien abgestimmt ist. Der Bürgermeister erklärt, dass ihm zum jetzigen Zeitpunkt nicht alle Informationen zur aktuellen Organisation des Dienstes vorliegen und verspricht, weitere Auskünfte einzuholen. Gemeinderätin Lise Jorgensen (DP) erkundigt sich anschließend nach dem Stand der Dinge in Bezug auf das Arbeitszeitkonto, das in einer vorherigen Sitzung diskutiert wurde. Der Bürgermeister bestätigt, dass in Absprache mit dem Ministerium eine Lösung für den betroffenen Mitarbeiter gefunden wurde, die eine Rückerstattung der vor Einführung des neuen Systems angesammelten Stunden ermöglicht.

Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) erwähnt die kürzlich im Rathaus von Strassen eingerichtete Ausstellung zum Thema Frauenrechte, die sie als sehr gelungen bezeichnet. Sie erwähnt, dass sie die Gelegenheit hatte, dies in Straßburg anzusprechen,

wo großes Interesse daran besteht, diese Ausstellung in einem größeren Rahmen zu präsentieren. Erste Kontakte zwischen den Organisatoren und der luxemburgischen Delegation haben bereits stattgefunden, was dazu führen könnte, dass die Ausstellung offiziell in einer Plenarsitzung vorgestellt wird.

Schließlich spricht Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) die Frage der Vertraulichkeit in der Kommission für Großprojekte an. Sie geht ausführlich auf eine Veröffentlichung des Gemeinderats Paul Klensch (LSAP) ein, die ihrer Meinung nach eine Verletzung der Verschwiegenheitspflicht der Kommission darstellt. Sie bedauert, dass Informationen in den sozialen Netzwerken veröffentlicht wurden, bevor sie öffentlich diskutiert wurden, und nennt als Beispiel eine möglicherweise geplante Tiefgarage. Ihrer Meinung nach sorgen diese Veröffentlichungen für Verwirrung und Schaden der Zusammenarbeit im Gemeinderat.

Gemeinderat Paul Klensch (LSAP) entgegnet, dass das Thema Parkplätze bereits in einer früheren Gemeinderatssitzung öffentlich angesprochen worden sei und er daher nicht der Meinung war, gegen eine Vertraulichkeitsregel verstoßen zu haben. Er plädiert dafür, eine klar formulierte Charta zu erarbeiten, um festzulegen, was außerhalb offizieller Sitzungen weitergegeben werden darf. Die Gemeinderätin Martine Dieschburg-Nickels (DP) weist darauf hin, dass diese Art von Kommission eben dazu dient, anstehende Entscheidungen vorzubereiten, und dass die dort ausgetauschten Informationen nicht öffentlich gemacht werden sollten, insbesondere wenn sie noch vorläufiger Art sind oder noch Änderungen unterliegen können. Sie bedauert die Missachtung der ungeschriebenen Regeln, die für die Zusammenarbeit gelten.

Der Bürgermeister schließt mit einem Appell an den gesunden Menschenverstand und Zurückhaltung und erklärt, dass Themen, die öffentlich diskutiert werden sollen, zu gegebener Zeit im Gemeinderat behandelt werden. Die in den Kommissionen ausgetauschten Informationen müssen interner Natur bleiben, solange sie nicht offiziell bekannt gegeben werden.

Séance du conseil communal du 11 décembre 2025

FR

ORDRE DU JOUR

1. **Approbation du procès-verbal de la séance du 20.11.2025.**
2. **Présentation du budget rectifié 2025 et du budget prévisionnel 2026.**
3. **Approbation de deux conventions pour stations PACK'UP.**
4. **Confirmation de règlements temporaires sur la circulation.**
5. **Allocation d'un subside à une association locale.**
6. **Approbation de plusieurs contrats de bail.**
7. **Nomination de plusieurs membres au conseil d'administration de l'Office social.**
8. **Refixation des indemnités du collège échevinal et des jetons de présence des membres du conseil communal ainsi que des commissions consultatives.**
9. **Adoption de certaines mesures écologiques dans le cadre du Pacte Nature.**
10. **Urbanisme :**
 - a) **Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption**
 - b) **Décision dans le cadre d'une demande de lotissement**
- 10bis. **Point supplémentaire – Prise en charge par la commune de l'élimination des nids de frelons asiatiques (motion DP).**
11. **Divers.**

PRÉSENTS

Nicolas Pundel (CSV), bourgmestre ; Anne Arend (CSV) ; Betty Welter-Gaul (LSAP) ; Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), échevines. Laurent Braun (CSV) ; Andrew Butler (CSV) ; Martine Dieschburg-Nickels (DP) ; Marc Fischer (DP) ; Tun Gierenz (CSV) ; Lise Jørgensen (DP) ; Nicolas Kandel (DP) ; Paul Klensch (LSAP) ; Anne-Marie Linden (déi Gréng) ; Daniel Thein (DP), membres du conseil communal. Secrétaire : Christian Muller.

ABSENTS (EXCUSÉS)

Jean Claude Roob (LSAP), membre du conseil communal.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre la séance et souhaite la bienvenue aux membres du conseil communal.

Le bourgmestre annonce qu'un point supplémentaire a été proposé par le parti démocratique DP. Ce point est inscrit à l'ordre du jour juste avant les « Divers ».

1. Approbation du procès-verbal de la séance du 20.11.2025.

Le conseil communal est appelé à se prononcer sur le procès-verbal de la séance du 20 novembre 2025.

Aucune observation ni objection n'est formulée par les membres du conseil.

Le procès-verbal est approuvé à l'unanimité.

2. Présentation du budget rectifié 2025 et du budget prévisionnel 2026.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre ce point en insistant sur son importance capitale. Le budget constitue, selon ses mots, le document le plus essentiel de l'année, celui qui conditionne tous les projets futurs et reflète les priorités politiques de la majorité. Le budget qui est présenté aujourd'hui porte clairement la signature de la majorité actuelle.

Le bourgmestre rappelle les grandes lignes des projets planifiés. Au sud de la commune, le nouveau complexe de football est terminé, bien qu'il faille encore y appliquer les indexations de prix. À côté, la piste de skate est finalisée également. Le bâtiment de la Maison des Jeunes est en place et doit encore être aménagé à l'intérieur. L'ensemble constitue un espace attractif pour les jeunes, combinant sport, loisirs et activités encadrées.

En ce qui concerne les écoles, l'école Saint-Exupéry offre encore quelques réserves de salles pour le cycle 2. L'école Ben Heyard du cycle 3 fera l'objet d'une extension – un étage supplémentaire est prévu, et le projet sera voté cette année. Pour le cycle 1, une nouvelle école est en cours de planification. Une fois

celle-ci achevée, les locaux actuels du « Hueflach » pourront accueillir le cycle 4. L'ensemble du dispositif scolaire se trouve ainsi bien positionné pour les années à venir.

Dans le centre de la localité, plusieurs projets d'envergure structureront le paysage. Le nouveau bâtiment communal reste d'actualité, tout comme le parking prévu à proximité, qui pourrait être voté cette année ou la suivante. La porte d'entrée du Centre culturel Paul Barblé est en cours de réaménagement, mais la rénovation complète de l'édifice nécessite encore des réflexions. Elle est prévue pour 2027. Une pharmacie provisoire sera installée à proximité, et à terme un nouveau bâtiment remplacera l'actuelle pharmacie.

Un bâtiment de logements abordables nécessite une rénovation lourde, voire une démolition totale. La décision reste à prendre. Le projet de centre d'accueil pour personnes âgées (CIPA) progresse bien : l'avant-projet sommaire est validé sans réserve par le ministère, l'avant-projet détaillé est prêt à être déposé. Sodexo établit actuellement un modèle financier complet. À ce stade, la commune envisage sérieusement de construire son propre CIPA, plutôt que de rejoindre un projet intercommunal jugé trop complexe à maîtriser.

La nouvelle morgue est également en préparation, avec un début de chantier imminent. Une extension du hall omnisports est également planifiée, mais sa construction doit attendre celle de la nouvelle école, afin d'éviter une surcharge de chantiers dans le centre.

À cela s'ajoutent les chantiers routiers, qui restent une constante, et l'agrandissement de la station d'épuration de Bertrange, auquel Strassen contribue. La commune est à ce jour sans dette et possède 25 millions d'euros en réserve. Ces fonds ne sont pas utilisés cette année, mais pourraient l'être prochainement. La construction du stade de football, financée sur la caisse journalière, démontre les limites de cette méthode : les marges se réduisent.

Malgré tout, l'approche reste responsable et ambitieuse. La commune prépare l'avenir sans précipitation, investit dans les infrastructures tout en portant une attention particulière à la qualité de vie, au sport, à la culture et

aux associations. Les clubs sportifs, très dynamiques, ne peuvent fonctionner pleinement que si la commune reste elle-même forte. Cette vision est partagée, selon le bourgmestre, au sein même de l'opposition.

Il souligne que tous les projets évoqués représentent environ une législature et demie de travail. Leur mise en œuvre s'étend sur plusieurs années, ce qui permet aussi un étalement financier plus sain. Il remercie chaleureusement les équipes communales, notamment le secrétaire communal Christian Muller, et passe la parole à l'échevine Anne Arend (CSV) pour une présentation technique du budget.

L'échevine Anne Arend (CSV) précise d'entrée que sa présentation repose sur une logique de « meilleur effort » et que seul le document budgétaire envoyé aux conseillers, avec ses amendements, fait foi. Elle annonce une nouvelle structuration de la présentation, avec une séparation plus stricte entre dépenses ordinaires et extraordinaires, ainsi que des totaux indicatifs par domaine.

Elle entame ensuite la présentation des recettes ordinaires. Celles-ci suivent une évolution linéaire, avec une hausse d'environ 2 millions par an. En 2025, la dotation de l'État atteint 44,13 millions d'euros, et une progression à 46 millions est attendue pour 2026. Cette dotation reste la principale source de financement de la commune.

L'impôt foncier est prévu à 1,12 million d'euros, une estimation légèrement supérieure à la réalité actuelle, justifiée par l'arrivée prochaine de nouveaux lotissements. L'impôt commercial repose sur les chiffres transmis par le ministère. Les revenus d'intérêts sont volontairement estimés à la baisse (400.000 euros), bien qu'ils dépassent déjà les 600.000 euros en 2025. La commune adopte ici une posture prudente, tout en s'activant avec son receveur pour mieux placer les fonds, notamment ceux du pacte logement ou du fond de réserve.

Un poste générique regroupe toutes les autres recettes ordinaires (taxes mineures, redevances, etc.), permettant d'équilibrer le total général.

Ensuite, l'échevine passe en revue les contributions aux syndicats intercommunaux. Le montant global avoisine

3,7 millions d'euros. Les Thermes restent stables à 1,48 million. Le SIGI voit sa contribution baisser à 372.000 euros, ce qui est bien accueilli. Le SICONA et le SIDOR restent inchangés pour l'instant, même si le SIDOR prévoit une hausse future liée à l'investissement dans un nouvel incinérateur. Le SYVICOL coûte 35.000 euros. Le SICEC, en charge du crématoire, reporte une partie de ses dépenses prévues à 2026 en raison de retards. Les coûts liés à l'eau (SEBES et SEC) augmentent légèrement à cause de la hausse du prix du m³. Enfin, la contribution au SIGRE, pour les déchets verts, reste stable.

La présentation aborde ensuite les frais de fonctionnement administratif. Une première surprise apparaît : la rémunération des élus augmente. Le conseil communal décide d'ajuster les jetons de présence, qui n'avaient pas été revalorisés malgré une évolution possible grâce à l'augmentation de la taille du conseil communal à 15 membres. L'augmentation est d'environ 20 %, appliquée équitablement à tous les membres du conseil et des commissions.

Les frais juridiques de la commune augmentent légèrement, en prévision de contentieux potentiels liés aux nombreux projets urbanistiques. Le budget prévoit aussi des honoraires pour le DPO (officier à la protection des données), externalisé, à hauteur de 21.000 euros.

Une ligne importante concerne les consultants du service technique. Il s'agit notamment de bureaux spécialisés accompagnant la commune dans les projets, dont une personne dédiée aux questions du PAG (plan d'aménagement général), présente à toutes les réunions techniques. Ces frais sont élevés mais nécessaires pour faire avancer les projets.

Les assurances s'élèvent à 149.000 euros, légèrement rehaussées afin d'éviter un ajustement de dernière minute au début de l'année. Un nouveau plan communal de résilience est en préparation, intitulé «Lëtzt prepare », avec une enveloppe de 40.000 euros.

L'investissement dans les logiciels connaît un bond important, passant de 35.500 à 86.000 euros. La commune prévoit de se doter d'un outil de gestion des demandes citoyennes : demandes de permis, d'autorisations, inscriptions diverses. Une première solution est à l'étude, mais la commune souhaite

également consulter le SIGI avant de se décider. L'objectif est de renforcer la digitalisation des processus internes. Des outils complémentaires sont aussi mis en place, comme des procès-verbaux électroniques et un système de gestion du courrier entrant, désormais scanné chaque matin.

Les frais postaux et de télécommunications restent stables. Le fonctionnement administratif, hors personnel, est estimé à environ 1,4 million d'euros pour l'année à venir.

La communication et les relations publiques sont ensuite évoquées. Elles s'élèvent à un total de 530.000 euros pour 2026. Les postes classiques comme « HotCity » ou « Strassen.lu » sont reconduits. Un nouvel écran digital d'affichage est prévu pour remplacer celui actuellement loué à l'accueil, jugé peu satisfaisant. La commune envisage d'acquérir un écran et un logiciel plus performant.

D'autres postes concernent les annonces légales dans la presse, les campagnes de communication publique, le bulletin communal (Buet), ainsi que l'application Hoplr. Le budget du jumelage est légèrement augmenté pour permettre davantage d'initiatives avec les villes partenaires, y compris les partenaires ukrainiens.

Un projet majeur prévu de longue date revient sur la table : la mise en place d'un intranet communal. Avec plus de 130 agents, il devient essentiel d'améliorer la circulation interne de l'information et de faciliter l'identification des collègues. Ce projet, reporté en raison d'un agenda chargé (notamment les festivités du 175^e anniversaire de Strassen), fait partie des priorités à finaliser.

La présentation se poursuit avec le budget de fonctionnement du service technique. Les véhicules sont désormais intégrés dans les dépenses extraordinaires, car amortissables. Le budget ordinaire du service se stabilise autour de 1,26 million d'euros. La seule hausse significative concerne les formations, notamment dans le domaine de l'eau. Un incident survenu l'an passé, lié à la qualité de l'eau, pousse la commune à renforcer la formation des agents, à améliorer les outils de détection et à préparer les futurs travaux dans ce domaine.

La protection sociale représente une autre part importante du budget. La commune verse une contribution au Fonds pour l'emploi, calculée sur la base de l'impôt commercial. L'augmentation de cette ligne cette année s'explique par le paiement exceptionnel de deux années (2024 et 2025). Pour 2026, le montant revient à la normale, soit 1,2 million d'euros.

L'Office social voit son enveloppe légèrement baisser à 357.000 euros. Cette diminution reflète une régularisation après une augmentation ponctuelle décidée plus tôt dans l'année. Les aides à la vie chère progressent fortement, avec le passage à un système automatisé : la commune reçoit une liste d'ayants droit de la part de l'État, puis paie en conséquence. Le budget passe ainsi de 100.000 à 148.000 euros. Les subventions loyers augmentent légèrement, par précaution, en prévision de nouvelles demandes.

Les contributions à d'autres acteurs sociaux sont maintenues : 375.000 euros pour le CIGL, 30.000 euros pour le projet PINSS, qui fonctionne avec très peu de moyens. Une nouvelle initiative solidaire, appelée « Givebox », est également intégrée, avec un budget de 10.000 euros.

Les dons classiques sont reconduits : 15.000 euros pour l'ASTM, 30.000 pour les dons internationaux, et 25.000 pour les dons nationaux.

En matière d'intégration, la commune prévoit un budget de 50.000 euros pour les traductions. L'égalité des chances reçoit 23.000 euros, notamment pour des actions autour de la Journée internationale des droits des femmes. Le budget « intégration » augmente fortement, atteignant 66.000 euros, avec des projets concrets comme le « Café de Babel », la « Marche gourmande », et un nouveau projet nommé « L'Atelier des Carrefours », un lieu d'expression artistique libre, intégré dans une démarche de santé mentale.

Le plan communal en faveur des personnes en situation de handicap continue son développement. Une aire de jeux inclusive est prévue près du CHL, et une attention particulière est portée à l'accessibilité de la voirie. Le plan de vivre-ensemble interculturel poursuit également son élaboration, avec un soutien de l'État à

hauteur de 35.000 euros pour financer la personne en charge du dossier.

Dans le domaine de la jeunesse, le budget de fonctionnement de la Maison des Jeunes passe de 353.000 à 464.000 euros. La proximité avec le « skate park » devrait attirer plus de jeunes, et la Croix-Rouge prévoit déjà d'y renforcer son équipe. D'autres dépenses concernent le responsable jeunesse, les activités de vacances, les étudiants engagés pendant l'été, ainsi que les primes de réussite scolaire et le service « Babyplus ».

Les deux plus gros postes concernent les crèches et la Maison relais. Le budget des crèches augmente en raison de l'indexation des salaires et de l'adaptation du contrat SAS. Pour la Maison relais, le budget atteint un montant impressionnant de 9,5 millions d'euros brut pour 2026. Sur cette somme, 6,8 millions sont éligibles à une subvention de 75 % de la part de l'État. Le reste, non éligible, comprend des projets comme le volet « Loft » ou « Projet Nature », mais surtout le service de trajets vers les clubs sportifs, très coûteux en personnel.

Ce service est unique au Luxembourg : Strassen est la seule commune à proposer ce système intégré avec les clubs. Le ministère des Sports s'y intéresse, et une réunion est prévue pour étudier l'octroi de subsides. Toute aide supplémentaire serait bienvenue, même si elle ne couvre pas l'ensemble des 3,8 millions non subventionnés.

Certaines dépenses, comme le personnel de nettoyage ou les conseillers externes affectés au bâtiment, sont refacturées à la Croix-Rouge, ce qui génère des recettes internes.

Chez les seniors, le Plan communal senior est désormais en phase d'implémentation, avec un budget résiduel de 4.000 euros. Pour le Centre Riedgen, le budget double, car la commune rattrape les décomptes des années précédentes. Ce retard est lié à un changement de fiduciaire. Le nouveau partenaire travaille plus rapidement : le décompte 2023 est déjà prêt.

Le programme « SuperSenior », qui mobilise des aînés pour aider les enfants dans leurs devoirs, reçoit

15.000 euros. Le programme « Aktiv Plus » bénéficie d'un budget plus conséquent pour organiser ses nombreuses activités à destination des personnes âgées, dont la traditionnelle fête de Noël, toujours très appréciée.

Le service de repas à domicile (« Repas sur roues ») voit ses tarifs augmenter de 23 %, décision prise par le prestataire Sodexo. La commune ajuste donc ses recettes et adapte sa propre grille tarifaire : le prix du repas passe de 8 à 12 euros. Enfin, la Foire du Troisième Âge, organisée tous les deux ans, a coûté bien moins que prévu (4.000 euros contre 20.000 budgétés).

Ensuite la présentation se consacre aux sports et associations. Le programme SPOLO, initialement axé sur les seniors, sera élargi avec des cours en soirée pour les personnes actives. Le budget passe de 84.500 à 119.700 euros. En revanche, les dépenses liées aux terrains sportifs chutent fortement, puisque l'entretien du nouveau terrain est inclus dans le projet initial pour trois ans, et un terrain sera désaffecté pour accueillir une future école.

L'entretien des halls sportifs augmente à 779.500 euros, notamment en raison du remplacement des tatamis dans la salle de karaté. Les subsides aux clubs sportifs sont reconduits, répartis entre subsides ordinaires, jeunes, et projets spécifiques. Des recettes sont également attendues via les cotisations SPOLO, la location de salles à des fédérations nationales et le remboursement partiel du salaire du coordinateur sportif.

En matière d'événements culturels, le budget 2026 reste dans la continuité de l'année précédente. L'organisation des 175 ans de Strassen constitue un poste unique, inscrit comme tel dans les comptes. Le Stroossefestival, organisé tous les deux ans, ne figure pas dans le programme de l'année, mais une nouvelle Biennale est prévue, accompagnée d'une grande exposition consacrée aux artistes luxembourgeois entre 1930 et 1960. Un projet innovant, intitulé « Konscht am Bësch », verra le jour au Chalet Fräiheitsbom renové, avec une ambition d'art interactif en plein air. Les coûts techniques liés aux installations lors des concerts et fêtes publiques sont intégrés dans les postes habituels, sans changement majeur.

Sur le volet environnemental, la commune maintient son engagement. Le budget forestier reste stable, tandis que l'enveloppe pour les primes écologiques augmente, par anticipation d'un afflux de demandes non encore traitées par le ministère. Une enveloppe de 300.000 € est donc prévue à titre préventif. Le plan énergétique communal se poursuit, avec 200.000 € affectés à la rénovation des bâtiments publics. Les recettes du Pacte Climat (186.000 €) et du Pacte Nature (75.700 €) viennent partiellement compenser ces investissements. En parallèle, les revenus de la vente de bois issus de la sylviculture apportent 89.000 €.

La commune optimise également ses dépenses en énergie. En changeant de fournisseur – passant d'Enovos à Sudstrom – elle prévoit une économie de 25.000 €, tout en maintenant le budget à un niveau prudent de 1,4 million d'euros pour l'électricité, l'eau et le gaz.

En matière d'infrastructures urbaines, peu de changements sont prévus. Toutefois, la signalisation et les études de mobilité douce sont renforcées. Deux grands projets sont en cours : l'élaboration d'un plan de mobilité avec les communes voisines et la contribution au réseau cyclable intercommunal. Le budget affecté passe de 105.000 € à 131.000 €, en intégrant ces nouvelles études. L'entretien des voiries reste stable, tandis que l'éclairage public subit un surcoût, en particulier dans le Parc Riedgen, en raison de travaux de dépannage complexes. Le budget grimpe à 604.000 €, justifié par une charge d'entretien croissante et l'externalisation partielle des services.

L'entretien du cimetière diminue légèrement, en attendant le lancement de la construction de la nouvelle morgue, prévu début janvier. L'entretien des ateliers est maintenu à 126.200 €.

Concernant les déchets, les chiffres sont positifs. Les recettes ordinaires approchent les 2 millions d'euros, tandis que les coûts directs d'évacuation s'élèvent à 1,5 million. Le seul changement notable concerne les déchets verts, désormais transférés chez « Minettkompost » en raison de l'impossibilité d'utiliser l'ancienne solution. Cela implique un surcoût, avec un budget porté à 100.000 €. La commune envisage d'intégrer officiellement ce syndicat pour rationaliser les dépenses à long terme.

Dans le domaine de l'assainissement, la contribution à la station de pompage Helfent s'élève à 1,174 million d'euros. Les recettes atteignent 1,264 million, ce qui équilibre le poste. Du côté de l'eau potable, l'achat d'eau auprès du SEBES représente le principal poste, avec 1,39 million d'euros. Des investissements sont prévus pour améliorer le suivi de la qualité, en réponse aux incidents de l'année passée. Un budget de 15.000 € est également alloué à la communication et à la sensibilisation, dans une volonté de transparence renforcée.

Les recettes de la distribution d'eau ne couvrent toujours pas les coûts, mais un ajustement tarifaire est en préparation, en attente d'un avis de l'AGE, Administration de la gestion de l'eau suite à l'étude commandée en 2025.

Les coûts liés au stationnement atteignent 542.179 €, tandis que les recettes des vignettes et horodateurs s'élèvent à 119.000 €. Quant aux pompiers, la contribution communale baisse drastiquement depuis 2024, pour atteindre 222.544 € en 2026, contre 616.669 € auparavant.

Enfin, un focus particulier est accordé à la mobilité. Le service de transport communal « Flex » continue de se développer, avec une extension vers de nouveaux quartiers. Le service de vélos partagés connaît également un grand succès, et une nouvelle station est envisagée. Le coût d'entretien de ces services est estimé à 250.200 €. L'entretien des arrêts de bus passe à 75.000 €, reflet de leur usage accru. Le partenariat avec Bertrange pour le bus local est en cours d'évaluation, afin de mieux adapter le nombre de véhicules aux besoins réels. Les autres services de transport – bus de nuit, Adapto, lignes 22 et 31 – sont maintenus à des niveaux stables, pour un total d'environ 460.000 €.

Dans le domaine de la mobilité douce, la commune poursuit ses efforts : une enveloppe de 25.000 € est prévue pour le développement des pistes cyclables, à laquelle s'ajoute une reconduction de 60.000 € pour l'entretien et l'aménagement des bornes de chargement SWIO.

Le chapitre consacré au logement illustre trois approches distinctes. D'abord, les logements loués

à prix de marché. Pour 2026, un budget de 234.100 € est prévu, contre 153.262 € en 2025. Néanmoins, les recettes attendues sont en baisse. Cette tendance s'explique par le fait que, dès qu'un appartement est rénové, la commune réévalue systématiquement son statut pour éventuellement le transférer vers le parc de logements sociaux, répondant ainsi à la longue liste d'attente. Ce glissement se traduit par une baisse mécanique des revenus dans cette catégorie.

Les logements sociaux, quant à eux, conservent un budget stable à 614.171 €, mais leurs coûts augmentent avec l'âge des bâtiments, dont certains datent du début des années 1990. Parallèlement, les recettes diminuent à la suite d'un nouveau calcul imposé par la législation, qui plafonne désormais les loyers perçus par les communes. Toute somme excédentaire doit être compensée par la collectivité, ce qui impacte l'équilibre financier du dispositif.

Du côté du centre médical, les indicateurs sont plus favorables. En 2025, la commune a investi 97.000 €, pour un revenu locatif de plus de 500.000 €. En 2026, les travaux prévus s'élèvent à 166.100 €, avec des recettes attendues de 459.000 €, ce qui confirme la rentabilité de ce bâtiment.

S'agissant des bâtiments annexes, comme le Centre Barblé, le bâtiment des œuvres paroissiales ou l'église, les investissements sont modestes. Le Centre Barblé n'est concerné que par un entretien limité en 2026, dans l'attente d'une grande rénovation prévue pour 2027. Les frais liés au bâtiment des œuvres paroissiales restent constants, tandis que ceux de l'église sont réduits au strict minimum, bien que la commune en soit propriétaire.

Une enveloppe de 250.000 € est réservée à la mise en conformité et à la sécurité des bâtiments publics, notamment en matière d'accessibilité PMA. Ces travaux peuvent, dans certains cas, faire l'objet de subventions, mais seules les aides confirmées sont inscrites dans le budget.

Dans le domaine de l'enseignement, les dépenses ordinaires sont estimées à 2,3 millions d'euros pour 2026. Ce montant couvre tout ce qui n'est pas pris en charge par l'État : entretien des bâtiments, achat

de matériel scolaire, sorties pédagogiques, activités éducatives et numériques, mais également les bus scolaires, les accompagnateurs, les voyages, les projets UNESCO et les actions de sensibilisation à l'environnement. La hausse est significative, mais reflète l'engagement de la commune pour un cadre scolaire de qualité.

La musique occupe également une place croissante. Le budget de l'école de musique passe de 1,2 à 1,3 million d'euros. Le nombre d'élèves augmente chaque année, ce qui rend cette hausse logique. Même si une rétrocession de l'État est attendue à hauteur de 60%, la commune reste volontairement prudente dans ses prévisions de recettes.

Les cours pour adultes représentent une activité presque auto-financée. Sur les 292.000 € prévus pour 2026, 246.000 € sont couverts par les inscriptions. L'année 2024 a enregistré un excédent, dû à un changement de calendrier de facturation, mais cela reste une exception. Le dispositif reste globalement équilibré.

Enfin, les grands agrégats du budget ordinaire affichent une santé solide. En 2025, la commune clôture l'exercice avec un bonus de 18 millions d'euros (65 millions de recettes contre 47 millions de dépenses). Pour 2026, une légère augmentation des dépenses est prévue, à hauteur de 52 millions, tandis que les recettes s'établissent à 66 millions, laissant un bonus prévisionnel de 14,7 millions. En tenant compte des marges historiques, le collège table raisonnablement sur un excédent réel avoisinant les 17 millions d'euros, consolidant ainsi la situation financière favorable de la commune, comparée à d'autres collectivités.

Après les grandes lignes du budget ordinaire, l'échevine Anne Arend (CSV) enchaîne sur le chapitre des dépenses liées au personnel. En 2024, la commune emploie 131 personnes. Une progression sensible par rapport à l'année précédente (114 personnes), conséquence directe du développement de la commune et de la nécessité de renforcer les équipes, notamment dans les services techniques.

Néanmoins, aucune embauche n'est concrètement prévue pour 2026. Le collège reste attentif aux besoins, mais entend désormais stabiliser les effectifs. Certaines

fonctions évoluent avec les outils numériques – comme au service population –, ce qui permet parfois des gains d'efficacité. En revanche, d'autres, comme les services techniques, continueront à voir leur charge de travail croître avec l'expansion des PAPs et des nouvelles zones résidentielles.

Les dépenses de personnel s'élèvent ainsi à 13,2 millions d'euros en 2025, contre 12,2 millions en 2024. Pour 2026, elles devraient atteindre 15,7 millions d'euros, en intégrant les promotions, avancements et autres revalorisations. Cela représente environ 23,7 % des recettes ordinaires – un taux encore tout à fait confortable pour une commune en croissance.

On entre ensuite dans le cœur du budget extraordinaire. Une première planche récapitule l'ensemble des subsides attendus de l'État ou d'autres partenaires : contributions pour l'achat de matériel forestier, subventions pour des projets de logements, aides à l'investissement dans les bâtiments communaux, etc.

Pour 2025, la commune comptabilise 5,2 millions d'euros en subsides, contre un objectif initial de 11,9 millions. Pour 2026, elle prévoit 10,7 millions, mais ce chiffre reste conservateur : de nombreux subsides ne figurent pas encore, faute de chiffres confirmés. Plusieurs projets comme la nouvelle école, la Maison relais, le centre d'intégration pour personnes âgées, ou encore la Maison des Jeunes devraient bénéficier d'aides substantielles.

En termes de dépenses extraordinaires, l'échevine Anne Arend (CSV) commence par l'urbanisme où plusieurs études importantes sont en cours, notamment pour la zone de Kiem et pour le site de l'ancien Bâtiself, avec des coûts d'étude de l'ordre de 730.000 €. Une révision complète du PAG est également lancée, pour un montant de 230.000 €, visant à repenser de manière stratégique l'évolution du territoire communal. Le projet d'extension de la maison communale débute aussi : une enveloppe de 800.000 € est prévue pour entamer les travaux. À cela s'ajoutent une nouvelle installation de chauffage (200.000 €) et les études liées au futur parking à étages (125.000 €).

Le bâtiment multifonctionnel prévu à l'origine près de la pharmacie sera finalement implanté à proximité du

l hall sportif, avec un concept repensé : un bâtiment indépendant pour le LoFT ('Lokale Familljentreff') avec une serre pour compléter le 'Kannergaart', tous deux implantés stratégiquement près de l'école et de l'ancienne buvette du terrain de football. Ce nouveau placement vise une meilleure synergie avec les services existants. Par ailleurs, un premier crédit de planification est prévu pour la reconversion de l'ancienne pharmacie rue des Romains.

Dans la partie technique, plusieurs investissements sont engagés : acquisition de machines pour l'entretien des bâtiments (128.000 €), nouveaux véhicules pour les équipes de terrain (238.000 €), réaménagement des ateliers avec plateformes de stockage (169.500 €), équipement pour le service de l'eau afin de renforcer les capacités d'analyse et de détection des fuites (200.000 €), ainsi que le déploiement progressif de la fibre autour des bâtiments communaux (40.000 €).

Du côté social, la commune continue d'investir dans le Centre Riedgen, avec un budget de 130.000 € pour la rénovation des chambres, et une enveloppe de 700.000 € prévue pour l'extension du bâtiment dans le cadre du futur CIPA. La cantine de la Maison relais est également réaménagée (300.000 €), et la commune prévoit l'achat de mobilier neuf pour 200.000 € supplémentaires. Quant à la Maison des Jeunes, les travaux doivent s'achever au printemps 2026 : 2 millions sont encore inscrits au budget pour finaliser le projet.

En ce qui concerne l'environnement, plusieurs investissements majeurs sont notés : la contribution obligatoire à la station d'épuration s'élève à 1,02 million d'euros, tandis que deux projets photovoltaïques d'envergure sont lancés – l'un sur le parking du nouveau terrain de football, l'autre sur le toit de l'école « Hueflach » – pour un montant global de 1,96 million d'euros. En parallèle, l'éclairage public continue d'être modernisé avec des luminaires LED (250.000 €).

La renaturation reste une priorité. Après le succès du projet Henri Dunant, pour lequel la commune obtient un prix national, assorti d'une subvention de 500.000 €, couvrant l'essentiel du coût des travaux. Forte de cette reconnaissance, la commune entreprend la renaturation d'une autre place emblématique, située dans la Cité Pescher. Ce projet, d'un montant total de 805.000 €

(dont 735.000 € prévus pour 2026), bénéficie lui aussi d'un soutien financier conséquent, à hauteur de 500.000 €.

Enfin, plusieurs projets d'assainissement sont également mis en œuvre, notamment le renouvellement des canalisations dans les rues de la Chaussée Blanche, Follereau et des Romains, ainsi que la transformation de l'ancien bassin de rétention de la Cité Pescher, dont la configuration actuelle est jugée peu esthétique et techniquement dépassée.

La séance se poursuit avec la présentation de la dernière partie du budget extraordinaire, centrée sur les investissements liés au logement, à la qualité de vie, aux équipements collectifs et aux projets structurants. Du côté du logement, la commune poursuit le développement de sa stratégie axée sur l'accessibilité et la diversification des offres. Pour 2026, une enveloppe de 2 millions d'euros est prévue pour la création de Tiny Houses supplémentaires, qui doivent être implantées sur plusieurs terrains désormais identifiés.

En parallèle, des travaux d'entretien et de rénovation sont planifiés dans plusieurs immeubles, notamment aux numéros 92-94 de la rue des Romains, où les logements sociaux montrent des signes d'usure prononcée. En attendant un projet de rénovation globale, 200.000 € sont inscrits pour des travaux ponctuels. L'immeuble situé au 12, rue des Prés, récemment acquis, est remis en état pour accueillir de nouveaux habitants. Les trois maisons de la rue Henry Dunant, après de nombreux problèmes, font également l'objet d'une rénovation et seront à terme attribuées en emphytéose. Un budget est aussi prévu pour redonner vie à la maison de la rue de l'Église, libérée une fois que la Maison des Jeunes aura déménagé dans ses nouveaux locaux.

S'inscrivant dans le cadre du projet « Stroossen 2030 », un montant de 400.000 € est prévu pour l'aménagement global du centre. Parallèlement, le campus jeunesse bénéficie d'une enveloppe de 685.000 € pour les viabilisations autour des nouvelles infrastructures. Une aire de jeux inclusive à côté du CHL avec le soutien d'une association de parents concernés, est budgétée à hauteur de 900.000 €. Une subvention est attendue, mais n'est pas encore officiellement confirmée.

Plusieurs aménagements publics ponctuent également ce volet du budget : la place des Romains (400.000 €), un parc pour chiens au « Huesepä », intégré dans un projet plus large de mise en valeur écologique (200.000 €), ainsi que l'entretien et la rénovation des aires de jeux et du mobilier urbain, pour un total de 1,2 million d'euros. Le budget participatif n'est pas renouvelé cette année, le collège préférant boucler les quatre projets retenus précédemment avant de relancer une nouvelle édition en 2027.

La commune poursuit par ailleurs ses efforts en matière d'eau potable : rénovation des infrastructures, remplacement des compteurs, installation UV pour le traitement, mise à niveau des réservoirs... Le tout représente un volume d'investissement d'un million d'euros.

Dans la même veine, les réseaux d'égouts sont modernisés et plusieurs projets de réaménagement des voiries sont budgétisés, notamment à la Chaussée Blanche, la rue des Carrefours et la rue Belair.

Parmi les projets majeurs, la future morgue reçoit une enveloppe initiale de 1,5 million d'euros. L'extension des ateliers de la régie reste à l'étude, sans plan concret pour l'instant. Un budget de 776.500 € est prévu pour renouveler et compléter la flotte de machines lourdes et véhicules du service technique.

Côté logement social, la commune prévoit l'achat de 16 nouveaux logements au PAP Suebelfeld, à proximité du CHL. Ce projet mobilise 5,5 millions d'euros répartis sur deux ans. Un crédit de 50.000 € est également maintenu pour d'éventuelles démolitions, tandis que 1,5 million d'euros sont inscrits pour d'éventuels achats immobiliers stratégiques.

La reconversion de l'ancienne pharmacie est actée. Un pavillon provisoire pour la nouvelle pharmacie est planifié, avec un budget de 600.000 €. Quant au terrain de football, il mobilise encore 3,5 millions d'euros en 2026, essentiellement en raison de l'explosion des coûts de construction (+100 % sur certains lots). Des crédits sont également prévus pour finaliser la salle de karaté et pour l'installation de rideaux de sécurité dans le hall de tir à l'arc.

L'extension du hall sportif, bien que planifiée, reste reportée. Les plans sont prêts, mais la commune choisit de prioriser d'autres projets avant de se lancer. Un budget limité permet de maintenir le projet actif. Par ailleurs, 120.000 € sont budgétés pour du matériel amortissable pour les équipements sportifs.

Le dernier volet du budget extraordinaire aborde les investissements dans les domaines de la santé, du sport, de l'enseignement et clôture avec une vue d'ensemble des équilibres financiers de la commune.

Côté enseignement, la commune maintient son ambition. Un million d'euros est réservé pour le lancement des premiers travaux liés à la nouvelle école du cycle 1, prévue sur le site de l'ancien terrain de football. Pour le cycle 3, l'école Ben Heyart sera surélevée d'un étage afin d'accueillir davantage d'élèves, un projet qui bénéficie d'un budget de 525.000 €. Le réaménagement de l'appartement situé dans l'école Hueflach est également prévu, celui-ci devant accueillir prochainement les cours d'éducation pour adultes.

Un budget conséquent de 400.000 € est réservé à la modernisation des bâtiments scolaires, notamment pour remplacer les modules de gestion du chauffage et de la ventilation dans plusieurs établissements. Ce remplacement, bien qu'inattendu, s'impose selon les services techniques. Par ailleurs, 220.000 € sont prévus pour la rénovation de classes pendant la période estivale, tandis que 55.000 € serviront à l'achat de nouveaux équipements informatiques.

Après l'ensemble de cette présentation, une synthèse financière permet d'évaluer la solidité des comptes de la commune.

Pour 2025, le budget ordinaire rectifié prévoit des recettes de 65,08 millions d'euros pour des dépenses de 47,2 millions. Cela génère un boni confortable de 17,9 millions sur l'ordinaire. En revanche, le budget extraordinaire présente un déficit de 36 millions (recettes : 5,2 millions ; dépenses : 41,2 millions), dû notamment à l'intensité des investissements.

Le boni général de la commune, en fin d'exercice 2025, s'élève donc à 16,5 millions d'euros, contre 52,4 millions

l'année précédente. Une baisse significative, mais attendue, compte tenu des projets en cours.

Pour 2026, les recettes ordinaires sont estimées à 66,4 millions d'euros, tandis que les dépenses s'élèvent à 51,7 millions, ce qui laisse un excédent prévu de 14,7 millions sur le budget ordinaire. Du côté du budget extraordinaire, les recettes attendues (10,7 millions) ne couvrent pas les dépenses (41 millions), entraînant un déficit de 30,4 millions.

En tenant compte du boni général de 2025, la commune disposerait fin 2026 d'un boni global d'environ 1 million d'euros. Une situation financière qui, bien qu'un peu moins confortable que les années précédentes, reste solide.

À noter que les réserves disponibles demeurent élevées, avec 8,5 millions d'euros dans le Pacte logement et près de 18 millions sur le fonds de réserve, pour un total de 26,4 millions d'euros mobilisables si nécessaire, notamment pour des acquisitions stratégiques.

La bourgmestre Nico Pundel (CSV) remercie l'échevine Anne Arend (CSV) pour la présentation détaillée du budget ainsi que tous les conseillers pour leur attention. Ce budget, dense et ambitieux, reflète la dynamique de développement de la commune, sa croissance démographique et ses engagements forts en matière de logement, d'infrastructure, d'environnement et de services à la population.

3. Approbation de deux conventions pour stations PACK'UP.

Le conseil communal se penche ensuite sur l'approbation de deux conventions concernant l'implantation de nouvelles stations PACK'UP sur le territoire de la commune.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) explique que la POST a exprimé le souhait d'installer d'autres stations de retrait de colis, la demande dans la commune restant importante. Deux emplacements ont été proposés par la commune : d'une part, sur le parking situé rue Emile Mayrisch près du Centre Riedgen ; d'autre part, le parking de la rue du Cimetière.

Les deux emplacements finalement retenus ont l'avantage de ne pas se trouver à proximité directe d'habitations. La POST, en charge de l'installation et de l'entretien des stations, s'est montrée favorable à ces propositions. La commune, de son côté, met les terrains à disposition, sans frais.

La conseillère Lise Jorgensen (DP) souhaite un éclaircissement concernant une clause contractuelle qui impose un préavis de six mois en cas de déplacement de la station. Elle se demande si ce délai n'est pas trop contraignant, notamment en cas de développement futur de projets comme une nouvelle école. Le bourgmestre lui répond que ce délai ne pose aucun problème pour la commune, les projets d'envergure nécessitant de toute façon plusieurs mois, voire années, de préparation. Il juge donc la condition contractuelle tout à fait acceptable.

Aucune autre remarque n'étant formulée, le conseil procède au vote. Les deux conventions sont approuvées à l'unanimité et seront signées dans la foulée.

4. Confirmation de règlements temporaires sur la circulation.

Le conseil passe ensuite à la confirmation d'un règlement temporaire relatif à la circulation.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) demande si des questions ou remarques sont à formuler concernant cette mesure. Aucun membre ne prenant la parole, le point est soumis au vote.

Le règlement est confirmé à l'unanimité.

5. Allocation d'un subside à une association locale.

Ensuite une demande de subside extraordinaire est analysée, qui émane du club local Nihon Tai Jitsu, à l'occasion de son 30e anniversaire, célébré en janvier 2025.

L'échevine Anne Arend (CSV) rappelle que le club est passé à la commune après l'événement, et qu'un échange a permis de formaliser la demande avec un courrier détaillé accompagné des pièces justificatives.

Le club, qui compte environ 35 membres, a organisé un événement important ayant engendré des dépenses à hauteur de 14.708,66 € pour des recettes de 5.150 €, soit un déficit de 9.588,66 €. Parmi les postes de dépenses figurent notamment les repas, la location de deux photobox, l'hébergement d'invités ainsi que des frais de déplacement.

Le collège échevinal propose dès lors de leur accorder un subside exceptionnel correspondant à un tiers du déficit, soit 3.186 €, à titre de cadeau symbolique pour leur anniversaire.

Anne Arend (CSV) insiste sur le sérieux et la participation constante du club à la vie associative de la commune, soulignant qu'il s'agit d'un des clubs les plus discrets et fiables.

Des membres du conseil, dont Nicolas Kandel (DP) et Marc Fischer (DP), soulèvent néanmoins des réserves sur le manque d'anticipation de la demande et insistent sur la nécessité de revoir les procédures de subvention pour garantir plus de clarté et d'égalité. Ils regrettent que cette demande n'ait pas été formulée en amont, comme c'est souvent exigé.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle l'importance de soutenir le bénévolat local sans le noyer dans des exigences administratives excessives. Selon lui, il s'agit d'un acte de reconnaissance envers un club implanté à Strassen depuis 30 ans, qui agit de manière responsable, et qui mérite un soutien ponctuel.

Le conseil valide finalement la proposition à l'unanimité.

6. Approbation de plusieurs contrats de bail.

Le conseil communal examine ensuite l'approbation de deux contrats de bail concernant des logements communaux.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) précise qu'il s'agit de deux familles jeunes et locales. Ces familles avaient introduit une demande dans le cadre de l'acquisition de logements mis en vente par la commune. Sur base d'un système de points, ces candidats se classent en tête de liste.

Dans l'attente de la finalisation des actes notariés, un contrat de location temporaire est établi pour une durée de six mois, période durant laquelle les acheteurs peuvent finaliser leur crédit. Il s'agit d'une solution transitoire, afin de ne pas les laisser sans logement et de faciliter leur accès à la propriété sans devoir déménager deux fois.

Concernant le montant du loyer, une question est soulevée par la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP), qui demande s'il s'agit d'un loyer abordable, selon la formule réglementaire applicable aux logements sociaux. Le bourgmestre précise que ce n'est pas le cas : le loyer a été fixé selon le tarif standard de la commune, basé sur un prix au mètre carré (12, 13 ou 14 euros selon les cas), mais en dehors du dispositif « logement abordable ».

Le conseil approuve les deux contrats à l'unanimité.

7. Nomination de plusieurs membres au conseil d'administration de l'Office social.

Le conseil communal procède à la nomination de plusieurs membres au conseil d'administration de l'Office social.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) rappelle que l'appel à candidatures a été lancé et que quatre personnes ont manifesté leur intérêt. Toutefois, l'une d'entre elles, résidente d'Alzingen, ne répond pas aux critères d'éligibilité. Il reste donc trois candidats pour trois sièges à pourvoir, tous membres sortants, ayant déjà démontré leur engagement et leur efficacité au sein de l'instance.

Il s'agit de :

- Paul Klensch -
- Marie-Josée Majerus (présidente actuelle)
- Charlotte Roger-Bassing

L'élection se fait à bulletin secret et les 3 candidats sont reconduits dans leurs fonctions.

Le conseil salue la continuité du travail au sein de l'Office social, avec un trio expérimenté et déjà bien rodé.

8. Refixation des indemnités du collège échevinal et des jetons de présence des membres du

conseil communal ainsi que des commissions consultatives.

Le conseil communal procède à la refixation des indemnités du collège échevinal ainsi qu'à la revalorisation des jetons de présence des conseillers communaux et des membres des commissions consultatives.

L'échevine Anne Arend (CSV) explique que cette adaptation repose sur l'article 1 du règlement grand-ducal du 13 février 2009, qui permet une revalorisation des indemnités dans les communes de 15 membres. La revalorisation n'a pas été appliquée depuis deux ans et demi, bien qu'elle soit prévue, et sera désormais mise en œuvre à partir du 1^{er} janvier 2026.

Ainsi, les nouvelles indemnités seront comme suit :

- Pour le bourgmestre : 2.555,63 €
- Pour les échevins : 1.714,40 €

Dans un souci de cohérence, il est également proposé de revaloriser les jetons de présence :

Pour les conseillers communaux : de 210,55 € à 251,69 € par séance

Pour les membres des commissions consultatives :

- Président : 171,17 € (au lieu de 140,37 €)
- Secrétaire : 171,17 € (au lieu de 140,37 €)
- Membre : 132,05 € (au lieu de 106,48 €)

Dans le débat qui suit, Nicolas Kandel (DP) évoque la nécessité d'un engagement plus fort des membres du conseil, étant donné qu'ils bénéficient tous d'un congé politique. Il invite à une certaine rigueur et assiduité, considérant que les indemnités perçues sont généreuses.

Le bourgmestre partage cette opinion, rappelant que les horaires des séances sont choisis de façon à permettre la participation de tous, même si certaines professions rendent cela plus difficile.

Le conseiller Marc Fischer (DP) appuie l'idée que la participation des membres dans les commissions ne devrait pas se limiter à la simple présence, mais devrait aussi permettre une véritable contribution active.

Le conseil acquiesce à ces remarques, en soulignant que l'objectif reste d'encourager une implication réelle et constructive. La proposition est adoptée à l'unanimité.

9. Adoption de certaines mesures écologiques dans le cadre du Pacte Nature.

Le conseil adopte plusieurs mesures écologiques dans le cadre du Pacte Nature, sur proposition de l'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng). Cette adoption s'inscrit dans la perspective du prochain audit de certification prévu pour février 2026, dans lequel la commune espère atteindre le niveau « Bronze », correspondant à 50 % des objectifs remplis - ce qui permettrait de bénéficier d'un subside estimé à 110.000 euros.

Deux types de mesures sont concernés :

- L'aménagement de prairies fleuries, à partir de semences locales favorisant la biodiversité (pollinisateurs, abeilles, insectes), accompagné de structures naturelles comme des tas de bois morts ou des monticules de sable.
- La gestion extensive des espaces verts, notamment par des pratiques comme la fauche tardive, l'absence de pesticides et la réduction des engrais.

Le service de jardinage de la commune s'investit activement dans ce processus. Des formations ont été suivies par le personnel, notamment auprès de la SICONA. Certaines mesures sont déjà en place, par exemple au Parc Riedgen, près du centre Karaté ou dans la Cité Pescher, où les effets du fauchage tardif sont visibles. Une cartographie des espaces verts a été élaborée pour identifier les potentiels d'action.

Cependant, cette initiative suscite un débat nourri au sein du conseil.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) souligne que les documents fournis laissent entendre une application systématique du fauchage tardif, y compris autour des aires de jeux, dans les parcs publics et sur des zones très fréquentées par les familles, ce qu'elle juge inapproprié. Elle insiste sur la nécessité d'un équilibre entre la nature et les usages sociaux :

les familles, souvent sans jardin privé, doivent pouvoir profiter pleinement des espaces publics, sans herbes hautes, tiques ou obstacles. Elle estime que certaines zones se prêtent à des aménagements écologiques, mais pas toutes, et déplore que le document fourni manque de clarté sur les intentions réelles.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) rejoint cette position, craignant que les recommandations de la SICONA ne soient appliquées de manière rigide, au détriment des habitants. Il prend pour exemple des événements comme la Fête des Mères ou la Fête nationale, qui risqueraient de se dérouler dans des herbes hautes si le fauchage était suspendu. Il rappelle aussi que certaines cartes laissent entendre une couverture presque totale de certaines zones, sans distinction claire.

Le conseiller Marc Fischer (DP) remet en question la présentation de ce plan comme une « adoption de mesures » alors qu'aucune liste précise de zones concernées n'a été annexée. Il propose de reporter le vote pour obtenir plus de clarté sur ce qui sera réellement mis en œuvre.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) et l'échevine Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) insistent sur le fait que :

- Le plan soumis au vote est un plan de potentiel, fourni par la SICONA à titre indicatif.
- Aucune mesure ne sera imposée sans discernement. Les parcs resteront accessibles et entretenus, et le fauchage tardif ne sera pas appliqué systématiquement.
- Les zones comme les abords de jeux ou les grandes pelouses familiales continueront d'être tondues.
- Seules certaines zones marginales, écologiquement pertinentes et peu fréquentées seront concernées.

Le conseiller Laurent Braun (CSV) rappelle l'importance de préserver la biodiversité et invite à ne pas opposer systématiquement espaces verts et usages publics, soulignant que des compromis intelligents sont possibles.

Malgré la clarification, plusieurs membres du DP restent sceptiques sur la forme du document soumis au vote, jugé trop flou, et expriment le souhait d'un document complémentaire plus précis, qui distinguerait clairement les zones de mise en œuvre réelle.

Après discussion, le point est soumis au vote et le parti DP s'abstient. Le reste du conseil vote en faveur des mesures. Le plan est donc adopté, avec engagement du collège échevinal à appliquer les mesures avec discernement et concertation.

10. Urbanisme :

a) Décision dans le cadre de l'exercice d'un droit de préemption

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) évoque une série de terrains pour lesquels la commune dispose d'un droit de préemption. Le notaire en charge du dossier a transmis les documents requis. Le bourgmestre précise que la commune ne voit pas d'intérêt particulier à faire valoir ce droit dans ce cas précis.

Il soumet donc la proposition de renoncer à l'exercice de la préemption au vote du conseil. Aucun membre ne formule d'objection, et la décision est adoptée à l'unanimité.

b) Décision dans le cadre d'une demande de lotissement

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) enchaîne avec un second dossier, portant sur plusieurs parcelles voisines dans la zone de la rue Kaltacht. Il s'agit ici d'une demande de lotissement, mais la commune ne souhaite pas non plus exercer son droit de préemption sur ces terrains. Le bourgmestre invite les conseillers à se prononcer. Aucun commentaire n'étant formulé, la décision est également approuvée à l'unanimité.

Enfin, le bourgmestre Nico Pundel (CSV) aborde un troisième point relatif à une demande de morcellement d'une parcelle située rue des Romains. Il s'agit de diviser une unité foncière en deux lots distincts. Le bourgmestre demande s'il y a des questions ou remarques. Aucun membre ne prend la parole. Le morcellement est validé, lui aussi à l'unanimité.

10bis. Point supplémentaire - Prise en charge par la commune de l'élimination des nids de frelons asiatiques (motion DP).

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) introduit le point supplémentaire soumis par la fraction DP, qui porte

sur une problématique environnementale et de santé publique en lien avec les frelons asiatiques.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) rappelle que cette espèce invasive représente un danger non seulement pour la biodiversité – notamment pour les abeilles locales –, mais aussi, dans certains cas, pour la population. Il évoque des communes luxembourgeoises ayant déjà mis en place un mécanisme de prise en charge financière de l'élimination de ces nids, qui peuvent occasionner des frais élevés pour les particuliers. Il propose que la commune de Strassen adopte à son tour une telle mesure : un système permettant aux habitants de signaler un nid suspect, avec une intervention mandatée et prise en charge par la commune.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) partage cette préoccupation, rappelant notamment le cas d'un nid de taille impressionnante découvert récemment au Parc Riedgen, mais détecté trop tardivement. Il insiste toutefois sur la nécessité d'encadrer cette mesure pour éviter les abus ou les interventions inutiles. Il suggère que la commune reste décisionnaire : elle serait contactée directement par les citoyens, puis elle mandaterait une entreprise spécialisée pour intervenir, en prenant en charge les frais.

L'échevine Betty Welter-Gaul (LSAP) souligne que de nombreux nids ne sont repérés qu'en automne, une fois les feuilles tombées, et souvent lorsqu'ils sont déjà abandonnés. Elle met en garde contre les risques de surfacturation en cas d'interventions inutiles.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) appuie l'idée, mais estime qu'il faudra fixer des modalités précises, notamment sur le niveau de remboursement (intégral ou partiel), ou sur la vérification préalable de l'activité du nid.

Le conseiller Marc Fischer (DP) soutient pleinement la proposition, soulignant son utilité collective : intervenir rapidement permettrait de limiter la prolifération future de cette espèce nuisible.

Finalement, le bourgmestre conclut que la commune appliquera dans un premier temps une approche pragmatique : tout habitant signalant un nid de frelons

asiatiques pourra obtenir l'intervention d'une entreprise mandatée par la commune, à ses frais.

Une évaluation sera faite en cours de route afin d'adapter le dispositif si nécessaire, notamment en cas de multiplication des cas ou de hausse des coûts. Il précise que la commune choisira les prestataires afin de garantir un travail sérieux et éviter les dérives.

La motion est adoptée avec une seule abstention.

11. Divers.

Le bourgmestre Nico Pundel (CSV) ouvre le dernier point de l'ordre du jour en évoquant un week-end chargé pour la commune : le marché de Noël battera son plein, pour donner suite à un Afterwork dans le chalet. Il annonce aussi le repas de raclette organisé par le club de volleyball le dimanche, ainsi que d'autres manifestations culturelles et festives. Il rappelle que la prochaine réunion du conseil communal aura lieu la semaine suivante, consacrée au vote du budget. Il invite enfin les membres du conseil à se rendre aux événements locaux, car leur présence est toujours appréciée par les associations.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) revient sur une remarque déjà formulée il y a quelque temps concernant la morgue provisoire, qu'il juge peu accueillante. Le bourgmestre l'informe que des travaux d'amélioration sont en cours, pour un montant de 36.000 €, et que le site sera bientôt plus esthétique.

Le conseiller Nicolas Kandel (DP) attire ensuite l'attention sur le non-respect de l'interdiction de fumer dans le nouveau stade de football. Il explique que, malgré la réglementation, plusieurs personnes continuent de fumer dans l'enceinte, notamment autour des tribunes. Le bourgmestre confirme que des marquages au sol « Espace sans tabac » ont été installés récemment et seront ajoutés également autour du stade.

Le conseiller Daniel Thein (DP) fait part de son étonnement quant à la réapparition soudaine de certains équipements de chauffage disparus depuis deux ans, retrouvés lors de l'inauguration du nouveau stade. Il s'interroge sur leur absence prolongée sans réponse claire.

Il signale aussi les nombreuses plaintes reçues concernant l'absence d'éclairage et de décorations de Noël dans plusieurs quartiers, ce qui crée une ambiance triste en comparaison avec d'autres communes. Le bourgmestre admet que certains endroits sont moins illuminés que d'autres, tout en insistant sur l'effort fait au centre.

La conseillère Anne-Marie Linden (déi Gréng) relaie la demande de son fils, qui aurait souhaité se rendre au Bicherbus, mais dont les horaires ne sont pas adaptés aux enfants en âge scolaire. Elle propose de revoir ces horaires afin qu'ils correspondent mieux aux disponibilités des familles. Le bourgmestre indique ne pas disposer, à ce stade, de tous les éléments relatifs à l'organisation actuelle du service et s'engage à se renseigner. La conseillère Lise Jorgensen (DP) interroge ensuite sur l'avancée du dossier relatif au compte épargne-temps, discuté lors d'une précédente réunion. Le bourgmestre confirme qu'une solution a été trouvée pour l'employé concerné, en accord avec le ministère, permettant un remboursement des heures accumulées avant l'introduction du nouveau système.

La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) évoque l'exposition récemment installée à la mairie de Strassen sur la défense des droits de la femme, qu'elle juge très réussie. Elle annonce qu'elle a pu en parler à Strasbourg, où l'intérêt est grand pour présenter cette exposition dans un cadre élargi. Des premiers contacts entre les organisateurs et la délégation luxembourgeoise ont déjà eu lieu, ce qui pourrait aboutir à une présentation officielle lors d'une séance plénière.

Enfin, la conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) évoque la question de la confidentialité au sein de la Commission des Grands-Projets. Elle revient en détail sur une publication du conseiller Paul Klensch (LSAP), qui, selon elle, viole la confidentialité de la commission. Elle regrette que des informations aient été publiées sur les réseaux sociaux avant même d'avoir été débattues publiquement, citant un exemple lié à un éventuel parking souterrain. Pour elle, ces publications sèment la confusion et nuisent à la collaboration au sein du conseil.

Le conseiller Paul Klensch (LSAP) répond que le sujet du parking avait déjà été évoqué publiquement lors d'un précédent conseil communal et qu'il ne jugeait donc pas avoir brisé une règle de confidentialité. Il plaide pour la mise en place d'une charte claire afin de définir ce qui peut être communiqué en dehors des réunions officielles. La conseillère Martine Dieschburg-Nickels (DP) rappelle que ce type de commission sert justement à préparer les décisions à venir et que les informations qui y circulent ne devraient pas être partagées publiquement, surtout lorsqu'elles sont encore provisoires ou sujettes à changement. Elle regrette le manque de respect envers les règles tacites qui régissent le travail en commun.

Le bourgmestre conclut en appelant au bon sens et à la retenue, affirmant que si des sujets sont amenés à être débattus publiquement, ils le seront au moment opportun, dans le cadre du conseil communal. Les informations échangées dans les commissions doivent rester internes tant qu'elles ne sont pas officiellement présentées.

Meeting of the Municipal Council of 11 December 2025

AGENDA

1. **Approval of the minutes of the meeting of 20 November 2025**
2. **Presentation of the amended 2025 budget and the provisional 2026 budget.**
3. **Approval of two PACK'UP station agreements.**
4. **Confirmation of temporary traffic regulations.**
5. **Approval of a grant for a municipal association.**
6. **Approval of several leases.**
7. **Appointment of several members to the Board of Directors of the Social Office.**
8. **Increased allowances for the College of the Mayor and Alderwomen and attendance fees for members of the Municipal Council and advisory committees.**
9. **Adoption of ecological measures under the Nature Pact.**
10. **Urban planning:**
 - a) **Decision to exercise a right of pre-emption**
 - b) **Decision on a subdivision application**
- 10 bis. **Additional item: DP motion – Removal of Asian hornet nests financed by the Municipality.**
11. **Any other business.**

PRESENT

Nicolas Pundel (CSV), Mayor; Anne Arend (CSV); Betty Welter-Gaul (LSAP); Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), alderwomen. Laurent Braun (CSV); Andrew Butler (CSV); Martine Dieschburg-Nickels (DP); Marc Fischer (DP); Tun Gierenz (CSV); Lise Jørgensen (DP); Nicolas Kandel (DP); Paul Klensch (LSAP); Anne-Marie Linden (déi Gréng); Daniel Thein (DP), members of the Municipal Council. Secretary: Christian Muller.

EXCUSED

Jean Claude Roob (LSAP), member of the Municipal Council.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the meeting and welcomed the members of the Municipal Council.

The Mayor announced that an additional item had been proposed by the DP. It was included on the agenda just before "Any other business".

1. **Approval of the minutes of the meeting of 20 November 2025.**

The Municipal Council was asked to vote on the minutes of the meeting held on 20 November 2025.

There were no comments or objections. The minutes were approved unanimously.

2. **Presentation of the amended 2025 budget and the provisional 2026 budget.**

Mayor Nico Pundel (CSV) opened this item by emphasising its crucial importance. In his view, the budget was the key document of the year, because it was the one that paved the way for all future projects and reflected the majority's political priorities. This budget clearly bore the hallmark of the current majority.

The Mayor outlined the main planned projects. The new football facility in the south of the Municipality had been completed, although price indexations still had to be applied. The neighbouring skatepark had also been finished. The Maison des Jeunes (youth club) building had been erected but still needed to be fitted out on the inside. The entire complex was an attractive space for young people, combining sport, leisure and supervised activities.

As far as the schools were concerned, the Saint-Exupéry School still had a few rooms for Cycle 2. The Ben Heyard School for Cycle 3 would undergo an extension: there were plans for an additional floor and the project would be voted upon during the year. For Cycle 1, a new school was currently being designed. Once completed, the premises at Hueflach would be able to accommodate Cycle 4. This meant that the school facilities in Strassen would be in very good shape in the near future.

There were several large-scale projects in the works for the centre of the Municipality. Both the new Town Hall and the nearby carpark remained on the agenda. They would be voted upon either in the current year or in the following one. The entrance to the Paul Barblé Cultural Centre was being refurbished, but a full renovation of the building still needed to be considered. This was scheduled for 2027. A temporary pharmacy would be set up nearby, with a new building that would eventually replace it.

An affordable housing building would require extensive renovation – maybe even total demolition. A decision had yet to be taken. The CIPA (Integrated Centre for the Elderly) project was progressing well: the Ministry had validated its preliminary design without any reservations and the detailed design was ready for submission. Sodexo was in the process of drafting a comprehensive financial model. At this stage, the Municipality was seriously considering creating its own CIPA, rather than joining an intermunicipal project that may prove too complex to manage.

Preparations were also underway for the new mortuary: the works were due to start imminently. An extension to the Sports Hall was also planned, but construction could only begin once the new school was finalised, so as to prevent an excessive number of simultaneous building sites in the centre.

Roadworks were a constant, and the Bertrange wastewater treatment plant, to which Strassen was contributing, would be expanded. The Municipality was currently debt-free and had €25 million in reserves. Those funds had not yet been used but may be spent soon. The construction of the football stadium had been funded from the day-to-day budget, which had revealed the limitations of such operations and had resulted in smaller margins.

That said, it was a responsible and ambitious *modus operandi*. The Municipality was preparing for the future without haste. It was investing in infrastructures while paying particular attention to quality of life, sport, culture and associations. Highly active sports clubs could only function fully if the community itself remained strong. According to the Mayor, this vision was also shared by the opposition.

He pointed out that all the projects mentioned would span over approximately one and a half legislative terms. They would be implemented over several years, allowing for a better distribution of the financial burden. He gave warm thanks to the municipal staff, particularly to the Municipal Secretary, Christian Muller. He then gave the floor to Alderwoman Anne Arend (CSV) for the technical presentation of the budget.

Alderwoman Anne Arend (CSV) began by pointing out that her presentation was based on a “best effort” rationale, and that the amended budget document sent to councillors was the authoritative version. The presentation had a new structure, with a stricter separation of ordinary and extraordinary expenditure, as well as indicative totals for each area.

First, she presented the ordinary revenue. It followed a linear trend, with an increase of around €2 million per year. In 2025, the grant from the Government would reach €44.13 million, with an increase to €46 million expected in 2026. This grant remained the Municipality’s main source of funding.

Property tax was forecast at €1.12 million, slightly higher than the current figure and it was the product of the imminent new housing developments. Business tax was based on figures provided by the Ministry. Income from interest had deliberately been estimated at a lower figure (€400,000), although it would exceed €600,000 in 2025. The Municipality had decided to adopt a cautious stance. It was also working with its Collector in view of a better investment of the funds, particularly those from the Housing Pact or the Reserve Fund.

A generic item pooled all the other ordinary revenues (e.g. minor taxes, fees, etc.), resulting in an overall balance.

Next, the Alderwoman reviewed the contributions to the intermunicipal associations, which totalled around €3.7 million. “Les Thermes” remained stable, at €1.48 million. The contribution for SIGI (Intermunicipal IT Management Association) had been reduced to 372,000 euros – a welcome development. The SICONA (Nature Conservation Association for Central and Western Luxembourg) and SIDOR (Intermunicipal

Waste Management Association) contributions would remain unchanged for the time being, although a future increase was predicted for SIDOR as a result of an investment for a new incinerator. The contribution to SYVICOL (Association of Towns and Municipalities) cost €35,000. Due to delays, SICEC (Intermunicipal Association for the Construction, Maintenance and Operation of a Crematorium) had postponed some of its planned expenditure until 2026. Costs related to SEBES (Water Association for the Esch-sur-Sûre Dam) and SEC (Water Association for Central Luxembourg) had risen slightly due to the increase in the price of water per m³. Finally, the contribution to SIGRE (Intermunicipal Association for the Management of Household Waste, Bulky Items and Similar Waste from the Municipalities of the Grevenmacher, Remich and Echternach Region) for green waste remained stable.

The focus then turned to the administrative operating costs. The first surprise was the increase in the remuneration of elected representatives. The Municipal Council had decided to adjust the attendance fees, which had not been increased earlier, even if it would have been possible, given that the number of members of the Municipal Council had risen to 15. The rise was approximately 20% and was applied equally to all Council and committee members.

The Municipality's legal costs had gone up slightly in anticipation of potential litigation arising from the numerous municipal projects. The budget also included fees of €21,000 for the outsourced DPO (Data Protection Officer).

An important line item concerned the consultants for the Technical Department. These included specialist consultancy firms employed to assist the Municipality with its projects, including an individual for specific General Development Plan (PAG) issues, who was present at all the technical meetings. These costs were high but a must to drive the projects forward.

Insurance costs amounted to €149,000, which was slightly higher than before, with the aim of preventing a last-minute adjustment at the beginning of the year. A new municipal resilience plan, "Lëtzt prepare", was in progress, with a budget of €40,000.

Software-related investments had risen sharply, from €35,500 to €86,000. The Municipality planned to equip itself with a tool to manage citizens' requests such as applications for permits, authorisations and various registrations. An initial solution was being studied, but the Council wished to consult the SIGI (Intermunicipal IT Management Association) before deciding. The aim was to digitise internal processes to a greater degree. Additional tools were also being introduced, such as electronic minutes and an incoming mail management system thanks to which it was scanned every morning.

Postage and telecommunication costs remained stable. Administrative costs (excluding staff) were estimated at around €1.4 million for the following year.

Communication and public relations were discussed next. The total cost amounted to €530,000 for 2026. Classic publications such as "HotCity" and "Strassen.lu" would be continued. The Municipality was planning to buy a more efficient digital screen and software to replace the hired one at reception, which was not considered satisfactory.

Other items concerned legal notices in the press, public communication campaigns, the municipal newsletter, "Buet", and the "Hoplr" application. The twinning budget had been increased slightly to allow for more initiatives with partner municipalities, including Ukrainian towns.

A major project born some time back was on the table again: a municipal intranet system. With over 130 staff, it was essential to improve internal information channels and make it easier to identify colleagues. This project had been put on the backburner due to a busy schedule (in particular Strassen's 175th anniversary celebrations) but it was now considered a priority.

The Technical Department's operating budget was then presented. Vehicles were now listed under extraordinary expenditure, because they were depreciable. The Department's ordinary budget had stabilised at around €1.26 million. The only significant increase concerned training, particularly in the water sector. The former year, an incident relating to water quality had prompted the Municipality to step up staff training, improve detection tools and prepare for future work in this area.

Social protection was another important part of the budget. The Council paid a contribution to the Employment Fund, the calculation of which was based on corporate tax. The increase in this line was the result of the exceptional payment for two years (2024 and 2025). For 2026, the amount had returned to normal, i.e. €1.2 million.

The Social Office's budget had fallen slightly to €357,000. This reflected an adjustment following a one-off increase decided upon earlier in the year. The cost-of-living allowances had gone up sharply with the switch to an automated system: the Municipality received a list of beneficiaries from the State before making the resulting payments. This meant that the budget had risen from €100,000 to €148,000. Rent subsidies had increased a little as a precautionary measure in anticipation of new applications.

Contributions to other social players had been maintained: €375,000 euros for the CIGL (Local Initiative and Management Centre) and €30,000 euros for the PINSS (Strassen Social Inclusion Project), which operated with very limited resources. A new solidarity initiative called "Givebox" was included on the list with a budget of €10,000.

Traditional donations would continue: €15,000 for ASTM ("Action Solidarité Tiers Monde"), €30,000 for international donations and €25,000 for national donations.

With integration in mind, the Municipality had earmarked a budget of €50,000 euros for translations. The Equal Opportunities budget would be awarded €23,000, in particular for activities around International Women's Rights Day. The budget for integration had gone up sharply, reaching €66,000 to fund projects such as the "Café de Babel" (Babel Café), the "Marche Gourmande" (Gourmet Walk), and a new project called "L'Atelier des Carrefours" (Crossroads Studio), a place for free artistic expression aiming to support mental health.

The Municipal Plan for People with Disabilities continued to gain ground. There were plans for an inclusive play area the CHL hospital, with particular attention to road

access. The Plan for Intercultural Coexistence was also expanding, with €35,000 received from the State to fund the Project Officer.

Under youth-related items, the operating budget for the Maison des Jeunes (youth club) had been increased from €353,000 to €464,000. The proximity of the skatepark was likely to attract more young people, and the Red Cross was already planning to strengthen its team there. Other expenses included a Youth Officer, holiday activities, summer student workers, school success bonuses and the "Babyplus" service.

The two most expensive items were the crèches and the Maison Relais. The crèche budget had increased due to the indexation of salaries and the adaptation of the SAS contract. The budget for the Maison Relais was an impressive €9.5 million (gross) for 2026, of which €6.8 million was eligible for a 75% state subsidy. The remainder would cover projects such as the "Loft" and "Projet Nature" (Nature Project) sections, as well as the transport service to sports clubs, which was very costly in terms of staffing.

This service was unique in Luxembourg: Strassen was the only municipality to offer this integrated system with clubs. The Ministry of Sport was interested in the project, and a meeting had been scheduled to discuss potential subsidies. Any additional aid would be welcome, even if it did not cover the entire €3.8 million that were not subsidised.

Some expenses, such as cleaning staff or external consultants assigned to the building were re-billed to the Red Cross, which generated internal revenue.

For senior citizens, the Municipal Senior Plan was now in its implementation phase, with a residual budget of €4,000. For the Riedgen Centre, the budget had doubled, as the Municipality was catching up on accounts from previous years. This delay was caused by a change in trustees. The new partner was more efficient: the 2023 statement was already ready.

The "Super Senior" programme, in which senior citizens helped children with their homework, had been awarded €15,000. The "Aktiv Plus" programme had been given a bigger budget to organise its many activities for the

elderly, including the traditional Christmas party, which was always very popular.

The meals-on-wheels service had seen a 23% price hike because of a decision taken by Sodexo, the service provider. The Municipality therefore had to adjust its revenue and its own prices, raising the cost of meals from €8 to €12 each. Finally, the “Foire du Troisième Âge” (Fair for the Elderly), an event that took place every two years, had cost much less than expected (€4,000 compared to the initial budget of €20,000).

The presentation then turned to sports and associations. The SPOLO (Leisure and Sports) programme, initially aimed at senior citizens, would be extended to include evening classes for the working population. The budget had been increased from €84,500 to €119,700. On the other hand, spending on sports pitches had fallen sharply, because the maintenance cost for the new pitch had been included in the initial project for three years. Moreover, one pitch would be decommissioned to accommodate a future school.

The maintenance costs for sports facilities would increase to €779,500, mainly due to the replacement of tatami mats in the Karate Hall. Subsidies for the sports clubs would still be given, divided between ordinary subsidies, youth subsidies and specific projects. Income was also expected from SPOLO subscriptions, hall rentals to national federations and the partial reimbursement of the sports coordinator's salary.

In terms of cultural events, the 2026 budget remained in line with the previous year. The organisation of Strassen's 175th anniversary was a one-off item and was recorded as such in the accounts. The “Stroossefestival” (Street Festival), which took place every two years, did not feature on that year's programme. However, a new Biennale had been planned, accompanied by a major exhibition on Luxembourgish artists between 1930 and 1960. An innovative project entitled “Konscht am Bësch” (Art in the Woods) would take place in the renovated Fräiheitsbam chalet, aiming to create interactive art in the open. The technical costs for installations for concerts and public festivals were included in the usual items, with no major changes.

As far as the environment was concerned, the Municipality would maintain its commitments. The forestry budget remained stable, while the budget for ecological premiums had been increased in anticipation of an influx of applications that the Ministry had not processed yet. A budget of €300,000 had therefore been set aside as a precautionary measure. The Municipal Energy Plan remained in place, with €200,000 earmarked for the renovation of public buildings. Revenue from the Climate Pact (€186,000) and the Nature Pact (€75,700) would partially offset these investments. At the same time, income from the sale of wood from forestry operations would generate €89,000.

The Municipal Council was also reducing its energy expenditure. By changing suppliers from Enovos to Sudstroum, it expected to save €25,000, while maintaining the budget at a conservative €1.4 million for electricity, water and gas.

In terms of urban infrastructure, few changes were planned. However, signposting and studies on soft mobility were being stepped up. Two major projects were underway: the development of a mobility plan with neighbouring municipalities and the contribution to the intermunicipal cycle network. The budget earmarked for these new studies had been increased from €105,000 to €131,000. Expenditure for road maintenance remained stable, but public lighting would cost more, particularly in Riedgen Park, due to complex repair work. The budget had therefore risen to €604,000, justified by a greater maintenance workload and some outsourced services.

Maintenance costs for the cemetery had come down slightly, pending the start of construction of the new mortuary, scheduled for early January. Workshop maintenance has been maintained at €126,200.

As far as waste was concerned, the figures were positive. Ordinary income totalled practically €2 million, while direct disposal costs amounted to €1.5 million. The only notable change was for green waste, which had been transferred to “Minettkompost” because the former solution was no longer an option. This represented an additional expense, and the budget was increased to €100,000. The Municipality was considering official

membership in the association to control long-term expenditure.

Regarding wastewater, the contribution to the Helfent pumping station totalled €1.174 million, and revenue was €1.264 million, so the Municipality was breaking even. As to drinking water, the purchase of water from SEBES (Water Association for the Esch-sur-Sûre Dam) represented the largest item (€1.39 million). Investments were planned to improve quality monitoring, in response to the previous year's incidents. A budget of €15,000 had also been allocated to communications and awareness-raising, as part of a drive for greater transparency.

Revenue from water distribution still did not cover the costs, but a tariff adjustment was under preparation, pending the opinion from the Water Management Authority following the study commissioned in 2025.

Parking costs totalled €542,179, while revenue from vignettes and parking meters amounted to €119,000. As to the fire brigade, the municipal contribution would fall drastically from 2024 levels, reaching €222,544 in 2026, compared to €616,669 previously.

Finally, mobility was the object of greater focus. The "Flex" municipal transport service was expanding, with an extension to new districts. The bikeshare service was a great success, and a new station was planned. The cost of maintaining these services was estimated at €250,200. The maintenance cost of bus stops had risen to €75,000, which reflected increased use. The partnership with Bertrange for the municipal bus was currently under evaluation, with the aim of adapting the number of vehicles to real needs. The other transport services (night bus, Adapto, lines 22 and 31) were being maintained at stable levels, totalling around €460,000.

The Municipality would continue to invest in soft mobility: a budget of €25,000 had been earmarked for cycle paths, plus the renewal of €60,000 for the maintenance and fitting out of SWIO charging stations.

The housing-related items revealed three distinct approaches. Firstly, there was the housing rented at market prices. For 2026, a budget of €234,100 was planned, compared to €153,262 in 2025. Nevertheless,

expected revenue was falling. That could be explained by the fact that as soon as a flat was renovated, the Municipal Council systematically reviewed its status to transfer it to the social housing stock to reduce the long waiting list. This shift resulted in a fall in income in that category.

As to social housing, the budget remained stable, at €614,171, but costs were rising due to ageing buildings, some of which dated back to the early 1990s. At the same time, revenue had fallen as a result of a new calculation imposed by legislation, which now capped the rent received by municipalities. Any surplus had to be offset by the Municipality, which had an impact on the financial balance of the housing scheme.

As for the medical centre, the indicators were more favourable. In 2025, the Municipality had invested €97,000, generating rental income of over €500,000. In 2026, the planned works amounted to €166,100, with expected income of €459,000, confirming the profitability of the building.

Investments in other buildings were modest (e.g. the Barblé Centre, the parish building and the Church). The Barblé Centre would only require limited maintenance in 2026, pending a major renovation scheduled for 2027. The costs associated with the parish building remained the same, while those for the Church had been cut to a strict minimum, despite the fact that the Municipality owned it.

A budget of €250,000 had been set aside to bring public buildings up to standard and ensure their safety, especially in terms of access for persons with reduced mobility. In some cases, such conversions could be eligible for subsidies, but only the confirmed subsidies were included in the budget.

Ordinary expenditure for education was estimated at €2.3 million for 2026. This covered everything that was not paid for by the State: building maintenance, purchase of school equipment, field trips, educational and digital activities, as well as school buses, accompanying adults, trips, UNESCO projects and environmental awareness campaigns. The increase was significant, but it reflected the Municipality's commitment to high-quality education.

Music had also taken on a more important role. The budget for the Music School had risen from €1.2 million to €1.3 million. The number of pupils was rising from year to year, so the increased expenditure made sense. Even though the State was expected to come up with 60% of the funds, the Municipality was deliberately cautious in its revenue forecasts.

Courses for adults were practically fully self-financed. Of the €292,000 forecast for 2026, €246,000 would be covered by enrolments. There had been a surplus in 2024, due to a change in the billing schedule, but this was an exception. Overall, the system remained balanced.

Finally, generally speaking, the ordinary budget was in good health. In 2025, the Municipality would close the financial year with an excess of €18 million (€65 million in revenue compared with €47 million in expenditure). For 2026, a slight increase in expenditure was predicted (€52 million), while revenue was forecast at €66 million, resulting in a surplus of €14.7 million. Taking into account historical margins, the College of the Mayor and the Alderwomen foresaw a real surplus of around €17 million, consolidating the Municipality's positive financial position compared with other municipalities.

After outlining the ordinary budget, Alderwoman Anne Arend (CSV) moved on to the matter of staff-related expenditure. In 2024, the Municipality employed 131 people. This represented a significant increase from the previous year (114 people), and it was a direct consequence of Strassen's growth and the need to increase manpower, particularly in the technical services.

That said, no specific recruitment was planned for 2026. The College of the Mayor and the Alderwomen remained attentive to the needs at hand but intended to stabilise staff numbers. Some roles were evolving with the advent of digital tools (e.g. those relating to the Population Department), which sometimes led to improved efficiency. On the other hand, other staff members (e.g. in the Technical Department) would experience increased workloads due to the expansion of Special Development Plans (PAPs) and new residential areas.

As a result, staff costs would climb to €13.2 million in 2025, compared with €12.2 million in 2024. In 2026, they were predicted to reach €15.7 million, including promotions, career advancement and other upgrades. This represented around 23.7% of ordinary revenue – still a very comfortable level for a growing municipality.

Then came the presentation of the extraordinary budget. First, all the subsidies expected from the State and other partners were summarised, e.g. contributions for the purchase of forestry equipment and for housing projects, investment aid for municipal buildings, etc.

For 2025, the Municipality expected to receive €5.2 million in subsidies, compared with an initial target of €11.9 million. For 2026, it was forecasting €10.7 million, but that figure remained conservative: many subsidies had not yet been included due to a lack of confirmed figures. Several projects, such as the new school, the Maison Relais, the CIPA (Integrated Centre for the Elderly) and the Maison des Jeunes (youth club) were likely to benefit from substantial subsidies.

In terms of extraordinary expenditure, Alderwoman Anne Arend (CSV) began with municipal planning, where several major studies were underway, notably for the Kiem neighbourhood and the former Bâtiself site, with study costs of around €730,000. A complete review of the General Development Plan (PAG) had also been launched for €230,000, with the aim of strategically rethinking the development of the Municipality. The project to extend the Community Centre was also gaining ground, with €800,000 earmarked for that task. In addition, there would be a new heating system (€200,000) and studies relating to the future multi-storey car park (€125,000).

The multifunctional building originally planned near the pharmacy would now be located near the Sports Hall, and the new concept would involve a separate building for the LoFT (Local Family Space) with a greenhouse to complement the "Kannergaart" (Children's Garden), both strategically located near the school and the former football field's snack bar. This new location was designed to improve synergies with existing services. An initial planning loan had also been granted for the conversion of the former pharmacy on Rue des Romains.

Regarding technical matters, a number of investments had been confirmed: the acquisition of machinery for building maintenance (€128,000), new vehicles for teams working in the field (€238,000), the refurbishment of workshops with storage platforms (€169,500), equipment to enable the water services to improve their analysis and leak detection capabilities (€200,000), and the gradual roll-out of fibre optic cables around municipal buildings (€40,000).

For social matters, the Municipality was continuing to invest in the Riedgen Centre, with a budget of €130,000 to renovate the rooms, and €700,000 earmarked for the extension of the building as part of the future CIPA (Integrated Centre for the Elderly). The canteen at the Maison Relais was also being refurbished (€300,000), and the Municipality was planning to purchase a further €200,000 worth of new furniture. Work on the Maison des Jeunes (youth club) was due to be completed in spring 2026, with a further €2 million budgeted for the completion of the project.

Several large environment-related investments would be made: the compulsory contribution to the wastewater treatment plant amounted to €1.02 million, while two major photovoltaic projects had been launched (one on the car park of the new football pitch, the other on the roof of the Hueflach School) for a total of €1.96 million. At the same time, public lighting continued to be modernised with LED lights (€250,000).

Greening the community remained a priority. Following the success of the Henri Dunant project, for which the Municipality had won a national prize, along with a €500,000 subsidy to cover the bulk of the cost of the work. On the basis of this recognition, Strassen had decided to green another emblematic square located in Cité Pescher. The project was worth a total of €805,000 (of which €735,000 was planned for 2026) and would also receive substantial financial support (€500,000).

Lastly, a number of sewerage projects would be implemented, including the renewal of pipes on Chaussée Blanche, Rue Follereau and Rue des Romains, and the conversion of the old retention basin in Cité Pescher, whose current design was both unsightly and outdated.

Then the final part of the extraordinary budget was presented, focusing on investments in housing, quality of life, community facilities and structural projects.

In terms of housing, the Municipality would continue to develop its strategy centred on accessibility and diversification of supply. For 2026, a budget of €2 million had been earmarked for the creation of additional Tiny Houses, which would be built on several plots of land that had already been selected.

At the same time, maintenance and renovation work was planned for several buildings, namely nos. 92-94 Rue des Romains, where the social housing units were showing signs of serious wear and tear. Pending an overall renovation project, €200,000 had been earmarked for one-off works. The building at no. 12 Rue des Prés, purchased only recently, was being refurbished before new residents moved in. The three houses on Rue Henry Dunant were also being renovated, following several problems. Eventually, they would be the object of long-term leases. A budget had also been set aside to refurbish the house on Rue de l'Église, which would be vacated once the Maison des Jeunes (youth club) had moved to its new premises.

The following point concerned the "Stroossen 2030" project, for which €400,000 had been earmarked for the overall development of the centre. At the same time, a budget of €685,000 had been reserved for the development of the Youth Campus around the new infrastructure. An inclusive play area next to the CHL was budgeted at €900,000 with the support of a parents' association. A grant was expected but had not yet been officially confirmed.

This section of the budget also included several public amenities: the Place des Romains (€400,000), a dog park at the Huesepad, which was part of a wider ecological enhancement project (€200,000), and the maintenance and renovation of playgrounds and street furniture, totalling €1.2 million. The participatory budget would not be renewed this year, because the Municipal Council had chosen to prioritise the completion of the four previously selected projects before launching a new edition in 2027.

The Municipal Council was also pursuing its efforts around drinking water by means of the renovation of infrastructure, the replacement of meters, a UV installation for treatment, upgraded reservoirs, etc. All of this represented an investment of €1 million.

In the same vein, the sewerage networks were being modernised and a few road redevelopment projects had been budgeted, notably on Chaussée Blanche, Rue des Carrefours and Rue Belair.

Among the major projects, the future mortuary would receive an initial budget of €1.5 million. The extension of the workshops for the Régie (Municipal Services Department) was still under consideration, but there were no concrete plans for the moment. A budget of €776,500 had been earmarked to renew and complete the Technical Department's fleet of heavy machinery and vehicles.

Regarding social housing: the Municipal Council was planning to purchase 16 new homes at the Suebelfeld Special Development Plan (PAP), close to the CHL. This project would cost €5.5 million over two years. A budget of €50,000 had also been set aside for demolition work, while €1.5 million had been reserved for strategic property purchases.

The conversion of the old pharmacy had been agreed upon. A temporary pavilion for the new pharmacy was planned, with a budget of €600,000. As for the football pitch, it would still cost €3.5 million in 2026, mainly due to the hike in construction costs (an extra 100% on certain lots). Funds had also been earmarked to complete the Karate Hall and install safety panelling in the Archery Hall.

The planned extension to the Sports Hall had been postponed. The plans were ready, but the Municipality had decided to prioritise other projects before moving forward. A restricted budget meant that the project could be kept on track. In addition, €120,000 had been budgeted for depreciable equipment for the sports facilities.

The final section of the extraordinary budget dealt with investments in health, sport and education, and closed with an overview of the Municipality's financial balance.

As far as education was concerned, the Municipality remained ambitious: €1 million had been earmarked to launch the new school for Cycle 1, which would be erected on the old football pitch site. For Cycle 3, an extra floor would be added to the Ben Heyart School to accommodate more pupils. The budget for that project totalled €525,000. There were also plans to refurbish the flat in the Hueflach School, which would soon be used for adult education classes.

A substantial budget (€400,000) had been earmarked to upgrade the school buildings, e.g. to replace the heating and ventilation systems in several buildings. This was an unexpected task, but the Technical Department deemed it necessary. In addition, €220,000 had been earmarked for the renovation of classrooms over the summer period, while €55,000 would be used to purchase new IT equipment.

Following the presentation, a financial summary allowed the participants to see the good standing of the municipal accounts.

For 2025, the rectified ordinary budget forecast revenue of €65.08 million and expenditure of €47.2 million. This generated a comfortable surplus of €17.9 million on the ordinary budget. By contrast, the extraordinary budget revealed a deficit of €36 million (revenue: €5.2 million; expenditure: €41.2 million), mainly due to high investments.

The Municipality's general surplus at the end of the 2025 tax year therefore came to €16.5 million, compared with €52.4 million the previous year. This was a significant fall, albeit an expected one, given the ongoing plans.

For 2026, ordinary income was estimated at €66.4 million, while expenditure amounted to €51.7 million, leaving a projected surplus of €14.7 million in the ordinary budget. In the extraordinary budget, the expected income (€10.7 million) did not cover expenditure (€41 million), resulting in a deficit of €30.4 million.

Taking into account the general surplus for 2025, the Municipality would have an overall surplus of around €1 million at the end of 2026. Despite being somewhat

lower than in previous years, Strassen's financial position remained strong.

Available reserves remained high, with €8.5 million in the Housing Pact and almost €18 million in the Reserve Fund, and a total of €26.4 million that could be mobilised if necessary, e.g. for strategic acquisitions.

Mayor Nico Pundel (CSV) thanked Alderwoman Anne Arend (CSV) for her detailed presentation of the budget, as well as the councillors for their attention. This solid, ambitious budget reflected the Municipality's proactive development, its demographic growth and its strong commitments in terms of housing, infrastructure, the environment and services to the population.

3. Approval of two PACK'UP point agreements.

The Municipal Council then considered the approval of two agreements concerning the installation of new PACK'UP points in the Municipality.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that POST wanted to install further parcel collection points in Strassen based on high local demand. The Municipal Council proposed two locations: one in the car park on Rue Emile Mayrisch near the Riedgen Centre and another in the car park on Rue du Cimetière.

These places had been selected because they were not in the immediate vicinity of residences. POST had agreed to the locations and would be responsible for installing and maintaining the pickup points, whereas the Municipality would not charge for the land.

Councillor Lise Jørgensen (DP) wanted to clarify a contractual clause requiring six months' notice in the event of the relocation of a pickup point. She thought this may be too restrictive, particularly in the case of future development projects, such as the new school. The Mayor replied that the timeframe posed no problem for the Municipality because large-scale projects required months' worth of preparation – if not years. As a result, he felt that the contractual condition was entirely acceptable.

There being no other comments, the Municipal Council proceeded to the vote. The two agreements were

unanimously approved and were signed immediately.

4. Confirmation of temporary traffic regulations.

The Municipal Council then moved on to the confirmation of a temporary traffic by-law.

Mayor Nico Pundel (CSV) asked if there were any questions or comments regarding the measure at hand. As no member wished to comment, the item was put to the vote.

The by-law was confirmed unanimously.

5. Approval of a grant for a municipal association.

A request for an extraordinary subsidy from the municipal Nihon Tai Jitsu Club to celebrate its 30th anniversary in January 2025 was discussed.

Alderwoman Anne Arend (CSV) pointed out that the Club had been referred to the Municipality after the event had taken place. Exchanges had enabled the request to be formalised with a detailed letter and supporting documents.

The Club, which had around 35 members, had organised a major celebration that had cost €14,708.66 and generated income totalling €5,150, leading to a deficit of €9,588.66. Expenses included meals, the hire of two photo booths, guest accommodation and travel costs.

The College of the Mayor and Alderwomen therefore proposed to grant them an exceptional subsidy corresponding to a third of the deficit, i.e. €3,186, as a symbolic gift for their anniversary.

Alderwoman Anne Arend (CSV) emphasised the Club's good reputation and its constant involvement in Strassen's community life. She added that it was one of the most low-profile yet reliable clubs in the Municipality.

Some councillors, including Nicolas Kandel (DP) and Marc Fischer (DP), nonetheless raised concerns about their lack of foresight and insisted on the need to review subsidy procedures to ensure greater clarity and equal

treatment. They were disappointed that the application had not been submitted in advance, as required.

Mayor Nico Pundel (CSV) reiterated the importance of supporting municipal volunteers without drowning them in excessive administrative requirements. In his view, the grant would reflect Strassen's recognition of the club, which was founded 30 years earlier, was responsible, and deserved occasional support.

In the end, the members of the Municipal Council approved the proposal unanimously.

6. Approval of several leases.

The Municipal Council then examined the approval of two leases for municipal housing.

Mayor Nico Pundel (CSV) explained that they concerned two young families in Strassen who had applied to buy homes put up for sale by the Municipality. The points system in place had put these applicants at the top of the list.

While waiting for the notarial deeds, a temporary rental contract had been drawn up for a period of six months, during which the buyers could finalise their loans. This was a transitional solution, so as not to leave them without accommodation and to smoothen their access to home ownership without forcing them to move twice.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) asked whether it was an affordable rent according to the regulatory formula applicable to social housing. The Mayor explained that in this case, the affordable housing scheme had not been applied, and the rent was set according to the Municipality's standard rate, based on a price per square metre (€12, €13 or €14 depending on the case).

The members of the Municipal Council unanimously approved the two contracts.

7. Appointment of several members to the Board of Directors of the Social Office.

The Municipal Council appointed several members to the Board of Directors of the Social Office.

Mayor Nico Pundel (CSV) recalled that the call for candidates had taken place and that four people had expressed an interest in the positions. However, one of them, a resident of Alzingen, did not meet the eligibility criteria. This left three candidates for the three vacancies, all outgoing members who had already demonstrated their commitment and effectiveness within the body.

The applicants were:

- Paul Klensch,
- Marie-Josée Majerus (current Chair), and
- Charlotte Roger-Bassing

The election was held by secret ballot and the 3 candidates were re-elected.

The Municipal Council welcomed the continuity of the Social Office's work, with an experienced trio already in place.

8. Increased allowances for the College of the Mayor and Alderwomen and attendance fees for members of the Municipal Council and advisory committees.

The Municipal Council proposed to increase the allowances for the College of the Mayor and Alderwomen and the attendance fees for municipal councillors and members of advisory committees.

Alderwoman Anne Arend (CSV) explained that this adjustment was based on Article 1 of the Grand Ducal regulation of 13 February 2009, which allowed for an increase in allowances in municipalities with 15 members. The increase has not been applied for two and a half years, although it could have been. It would be applied as from 1 January 2026.

The new allowances would be:

- for the Mayor: €2,555.63, and
- for the Alderwomen: €1,714.40.

For the sake of consistency, it was also proposed to increase the attendance fees of the municipal councillors from €210.55 to €251.69 per meeting.

For members of advisory committees, the following was proposed:

- Chair: €171.17 (instead of €140.37),
- Secretary: €171.17 (instead of €140.37), and
- Member: €132.05 (instead of €106.48).

In the ensuing debate, Councillor Nicolas Kandel (DP) spoke of the need for the greater commitment from Council members, given that they were all on political leave. He called for diligence and assiduity, considering that the allowances were generous.

The Mayor concurred, pointing out that meeting times were chosen so as to allow everyone to attend, even if some jobs made this more difficult.

Councillor Marc Fischer (DP) supported the idea that the participation of members in committees should not be limited to mere attendance but should also allow for genuine active contribution.

The Council agreed with these remarks, stressing that the aim remained to encourage real and constructive involvement. The proposal was adopted unanimously.

9. Adoption of ecological measures under the Nature Pact.

Following a proposal from Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng), the Council adopted several ecological measures under the aegis of the Nature Pact. These measures were adopted in the run-up to the next certification audit, scheduled for February 2026, in which the Municipality was hoping to be awarded a “Bronze” certification (i.e. 50% of the objectives met), which would entitle it to a subsidy estimated at € 110,000.

Two types of measures were involved:

- The creation of flower meadows with municipal seeds, with the aim of driving biodiversity (by means of pollinators, bees, insects), along with natural structures such as piles of dead wood or mounds of sand.
- Extensive management of green spaces, mainly by means of practices such as late mowing, pesticide-free zones and reduced fertiliser application.

The Municipality’s Gardening Department was actively involved in the process. Staff had attended training

courses, mainly with SICONA (Nature Conservation Association for Central and Western Luxembourg). Some measures had already been implemented, and the effects of late mowing were already visible in some areas, including in Riedgen Park, near the Karate Hall and in Cité Pescher. A map of green spaces has been drawn up to identify potential areas for action.

However, this initiative sparked off a lively debate.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) pointed out that the document provided suggested that late mowing would be applied systematically, including around playgrounds, in public parks and in locations that were popular with families. She did not think this was appropriate. She insisted on the need to strike a balance between nature and social usage: often, families did not have private gardens, so they should be able to fully benefit from public spaces, without fearing tall grass, ticks or other obstacles. She believed that indeed, some green spaces lent themselves to ecological development, but not all of them. She deplored the fact that the document lacked clarity about the real intentions underlying the project.

Councillor Nicolas Kandel (DP) agreed, expressing concern that the rigid application of SICONA’s recommendations would be detrimental to the municipal residents. He gave the example of events such as Mother’s Day and Bastille Day: if mowing did not take place, those celebrations would take place in tall grass. He also pointed out that some maps suggested the near total coverage of certain zones, without any clear distinction.

Councillor Marc Fischer (DP) questioned the presentation of this plan as an “adoption of measures”, without any precise list of demarcations. He proposed postponing the vote until the implementation criteria were clear.

Mayor Nico Pundel (CSV) and Alderwoman Maryse Bestgen-Martin (déi Gréng) insisted on the following points:

- The plan put to the vote was suggestive and provided by SICONA as an indication of options.
- No measures would be imposed indiscriminately. Parks would remain accessible and would be maintained, and late mowing would not be systematic.

- Areas such as playgrounds and large family lawns would still be mowed.
- These measures would only apply to some remote, ecologically relevant and little-used areas.

Councillor Laurent Braun (CSV) reiterated the importance of preserving biodiversity and urged the councillors not to systematically pit green spaces against public usage, stressing that reaching a sensible compromise was possible.

Despite the clarifications provided, several DP members remained sceptical about the form of the document put to the vote. They felt it was too vague and they wanted a more precise appendix that would clearly identify the areas of implementation.

After discussion, the item was put to the vote. The DP abstained, and the other councillors voted in favour of the measures. The plan was adopted, and the College of the Mayor and Alderwomen committed to applying the measures on the basis of good judgment and following a consultation.

10. Urban planning:

a) Decision to exercise a right of pre-emption

Mayor Nico Pundel (CSV) referred to a series of plots for which the Municipality had a right of pre-emption. The notary in charge of the file had submitted the required documents. The Mayor explained that the Municipality had no particular interest in exercising their right in this specific case.

He therefore put the proposal to waive the right of pre-emption to a Council vote. No member objected, and the decision was adopted unanimously.

b) Decision on a subdivision application

Mayor Nico Pundel (CSV) continued with the second file, which concerned several neighbouring plots near Rue Kaltacht. It was an application for a subdivision, but the Municipality did not wish to exercise its right of pre-emption for these plots either. The Mayor invited the councillors to give their opinion. There being no comments, the decision was also unanimously approved.

Finally, Mayor Nico Pundel (CSV) addressed a third point relating to a request to divide a plot in Rue des Romains into two separate ones. The Mayor asked if there were any questions or comments. No member took the floor. The request was approved unanimously.

10 bis. Additional item: DP motion – Removal of Asian hornet nests financed by the Municipality.

Mayor Nico Pundel (CSV) introduced the additional item which had been submitted by the DP. It concerned Asian hornets, an environmental and public health hazard.

Councillor Nicolas Kandel (DP) pointed out that this invasive species posed a threat not only to biodiversity (particularly to the bees of the Municipality) but in some cases, to the public too. He mentioned the Luxembourgish municipalities that had already set up a mechanism to cover the cost of eliminating the hornets' nests, which could be very costly for private individuals. He suggested that Strassen do the same and create a system permitting residents to report suspicious nests that would then be removed at the Municipality's expense.

Mayor Nico Pundel (CSV) shared this concern. He referred to the case of a very large nest that was detected in Riedgen Park only a while back – but too late. He noted that such a measure would have to be monitored closely to prevent abuse or unnecessary removals. He suggested that the Municipality retain decision-making powers. Residents could contact the Municipality directly, and then the latter could contract and pay a specialist company to carry out the work.

Alderwoman Betty Welter-Gaul (LSAP) pointed out that many nests were only spotted in autumn, once the leaves had fallen off the trees. Often, the nests were already empty. She mentioned the risk of overpaying for unnecessary work.

Councillor Paul Klensch (LSAP) was supportive of the idea but felt that the details would have to be worked out, particularly regarding the level of reimbursement (full or partial), and the prior verification of nest activity.

Councillor Marc Fischer (DP) fully supported the proposal, stressing its collective usefulness: early intervention would limit the future proliferation of this harmful species.

Finally, the Mayor concluded that the Municipality would initially apply a pragmatic approach: any resident reporting an Asian hornet nest would be able to have it removed by a company contracted by the Municipality, who would then cover the expense.

Once the system was in place, it would be evaluated and if necessary, changes could be made, particularly if there was an increase in the number of cases or a rise in costs. He added that the Municipality would select the service providers to ensure that the work was carried out properly and to prevent any abuse.

The motion was adopted with one abstention.

11. Any other business.

Mayor Nico Pundel (CSV) opened the last item on the agenda by mentioning that it would be a busy weekend in Strassen: the Christmas market would be in full swing, followed by an afterwork party in the chalet. He also announced the raclette meal organised by the Volleyball Club on Sunday, as well as other cultural and festive events. He reminded everyone that the next Municipal Council meeting would be held the following week, at which time the budget would be voted on. Lastly, he invited the Council members to attend municipal events, explaining that their presence was always appreciated by the associations.

Councillor Nicolas Kandel (DP) returned to a remark he had made a while back concerning the temporary mortuary, which he found unwelcoming. The Mayor informed him that €36,000 worth of improvements were underway, and that it would soon be more hospitable.

Councillor Nicolas Kandel (DP) then drew attention to the fact that people continued to smoke in the new football stadium despite the ban, especially around the stands. The Mayor confirmed that “No smoking” signs had recently been put up, and more would be added around the stadium.

Councillor Daniel Thein (DP) expressed his surprise at the sudden reappearance of some heating equipment that had been missing for two years and was only found when the new stadium was inaugurated. He wondered why it had disappeared for so long without any clear explanation.

He also mentioned the numerous complaints received about the lack of Christmas lights and decorations in several neighbourhoods. Compared to other municipalities, Strassen was quite depressing. The Mayor admitted that some areas had less lighting than others but pointed to the efforts made in the town centre.

Councillor Anne-Marie Linden (déi Gréng) communicated a request from her son: he would like to go to the “Bicherbus” (“Book bus”), but schoolchildren could not go because its opening times were not compatible with theirs. She suggested that the facility’s opening hours be reviewed to better suit families’ schedules. The Mayor said that he did not have all the information on that specific service, but that he would do some research. Councillor Lise Jørgensen (DP) then asked about the progress made on the time savings accounts, which had been discussed at a previous meeting. The Mayor confirmed that a solution had been found in agreement with the Ministry for the employee concerned, allowing for the payment of overtime prior to the introduction of the new system.

Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) spoke about the recent exhibition on women’s rights at Strassen’s Town Hall. In her opinion, it was a great success. She announced that she had mentioned it in Strasbourg, and they had expressed true interest in hosting the exhibition at a larger venue. Initial contacts had already been made with the organisers and the Luxembourgish delegation. Later on, this could lead to an official presentation at a plenary session.

Finally, Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) raised the issue of confidentiality within the Large-scale Projects Committee. She went into detail about a publication by Councillor Paul Klensch (LSAP), which she felt had breached the Committee’s confidentiality rules. She was disappointed that information had been released on social media before it had been

discussed publicly and gave the example of a possible underground car park. In her opinion, such publications caused confusion and hindered collaboration within the Council.

Councillor Paul Klensch (LSAP) replied that the subject of the car park had already been discussed publicly at a previous Municipal Council meeting and that he did not therefore feel that he had broken any confidentiality rules. He asked that a clear charter be drafted to define what could be communicated outside official meetings. Councillor Martine Dieschburg-Nickels (DP) pointed out that such future

decisions were discussed in committees and that internal information should not be shared publicly, especially if it was still provisional or subject to change. In her opinion, that was an unwritten rule, and it had been broken.

The Mayor concluded by saying both common sense and restraint should be applied. He said that if subjects were the object of public debate, communications would take place at the right time, following the Municipal Council's lead. Information circulated within committees should be considered confidential until its official release.



COMMUNE DE
Strassen

